



**Bürgerkonferenz  
„Hallescher Westen“**

**Bericht zum zweiten Konferenztag  
(11. Oktober 2014)  
und  
Zusammenfassung der Ergebnisse beider Konferenzen**

## Inhaltsübersicht:

### A. Soziale Stadt - Bericht zur zweiten Bürgerkonferenz zum Halleschen Westen

<b>1. Der Diskussionsrahmen der zweiten Konferenz.....</b>	<b>3</b>
<b>2. Eröffnungsvortrag zum Programm „Soziale Stadt“ .....</b>	<b>6</b>
(Protokoll: Christoph Schubert)	
<b>3. Thematische Arbeitsgruppen.....</b>	<b>10</b>
<b><u>Arbeitsgruppe 1: Freiraumentwicklung und Verbindungswege; Sport</u></b>	<b>10</b>
(Protokoll: Karoline Haufe)	
<b>Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 1.....</b>	<b>15</b>
<b><u>Arbeitsgruppe 2: Nachbarschaften und soziales Miteinander; soziale Mischung</u></b>	<b>17</b>
(Protokoll: Christoph Schubert)	
<b>Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 2.....</b>	<b>24</b>
<b><u>Arbeitsgruppe 3: Stadtteilzentren .....</u></b>	<b>26</b>
(Protokoll: Reinhold Sackmann)	
<b>Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 3 .....</b>	<b>32</b>
<b><u>Arbeitsgruppe 4: Soziale Infrastruktur, speziell: Bildung .....</u></b>	<b>34</b>
(Protokoll: Mirjam Sorge)	
<b>Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 4 .....</b>	<b>36</b>
<b>B. Soziale Stadt und Stadtentwicklung aus der Perspektive der Bürgerkonferenzen zum Halleschen Westen</b>	<b>39</b>
<b>Anhang:</b>	
<b>Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Konferenzen</b>	<b>46</b>
<b>Liste der Referentinnen und Referenten und der sachkundigen Vertreter der Stadtverwaltung</b>	<b>48</b>

## **A. Soziale Stadt - Bericht zur zweiten Bürgerkonferenz zum Halleschen Westen**

### **1. Der Diskussionsrahmen der zweiten Konferenz**

Während bei der ersten Konferenz an Stadtentwicklungsmodelle aus klassischer stadtplanerischer Sicht angeschlossen worden war, bildete bei der zweiten Konferenz das **Modell der sozialen Stadt mit seiner Leitlinie der integrierten Entwicklung** den Diskussionsrahmen. In integrierten Entwicklungsmodellen, das kennen wir bereits aus den Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEK), werden verschiedene Perspektiven der Stadtentwicklung zusammengeführt. Beim Modell der sozialen Stadt steht die **Integration von Stadtplanung** (als Bau- und Raumplanung) **und Sozialplanung** im Zentrum.

Soziale Stadtentwicklung war bereits Anfang der 1990er Jahren ein Bezugspunkt für Expertendiskussionen. Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Umstrukturierungen und speziell in Hinblick auf hohe Arbeitslosenzahlen und hohe Anteile von Langzeitarbeitslosen wurde dabei neben **Wohn- und Wohnumfeldverbesserungen soziale Mischung** (die Verhinderung oder Auflösung von Armutskonzentrationen) als eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung eingeführt. Zudem wurden die **Identifikation mit dem Stadtteil und die Förderung von Nachbarschaften als Basis für die Aktivierung der Zivilgesellschaft und für die Ausschöpfung des Potentials an ehrenamtlichem Engagement** thematisiert. 1999 wurde das Leitbild der sozialen Stadt schließlich durch entsprechende Förderprogramme der Bundesregierung als Entwicklungsmodell institutionalisiert.

Generell verlangt die Orientierung an der Leitlinie integrierter Entwicklung von den Fachressorts der Stadtverwaltungen ein hohes Maß an Zusammenarbeit. Zudem werden in integrierten Ansätzen idealerweise alle für die Stadtentwicklung relevanten Akteure eingebunden: Wirtschaftsakteure ebenso wie Anbieter sozialer und pädagogischer Dienstleistungen, organisierte Akteure ebenso wie Bürgerinnen und Bürger, usw.. Insbesondere die Aktivierung der BürgerInnen wird in dem Modell der sozialen Stadt heute als wichtige Voraussetzung für eine sozial nachhaltige (gesellschaftlich wünschenswerte und relativ krisenfeste) Entwicklung angesehen.

Im einleitenden Vortrag hat Lars Loebner (Leiter des Fachbereichs Planen der Stadt Halle) das Förderprogramm, die bisherigen Ausrichtungen entsprechender Projekte in Halle und die Grundlinien für zukünftige Projekte im Rahmen dieses Programms vorgestellt.

Die Aufgabe für den Konferenztag lautete dann, Ideen für die Entwicklung des Halleschen Westens mit dem Modell der sozialen Stadt zusammen zu denken. Die Diskussionen fanden in vier thematischen Arbeitsgruppen statt; angeregt wurden sie durch Vorträge aus den ent-

sprechenden Fachressorts der Stadtverwaltung und durch Vorträge weiterer Expertinnen und Experten. Der Vormittag des Konferenztages war durch die Vorträge und die Diskussion der Vorträge geprägt; die Nachmittagsdiskussionen fanden dann ohne Beteiligung der Referenten und der weiteren Experten der Stadtverwaltung statt.<sup>1</sup> Am Nachmittag wurden in den vier Arbeitsgruppen die verschiedenen Modelle der Stadtentwicklung, die verschiedenen Fachperspektiven und die Perspektive der Statteilbewohner zu Vorschlägen für Leitlinien und für Projekte zur Entwicklung des Halleschen Westens zusammen geführt. Das klingt nicht nur kompliziert, das ist ganz fraglos eine Aufgabe, die den Teilnehmern viel Integrationsleistung zugemutet hat. Die Konferenzteilnehmer haben diese Aufgabe angenommen und in beeindruckender Weise gemeistert.

In Hinblick auf die Teilnehmerzahl muss leider gesagt werden, dass diese bei der zweiten Konferenz zum Halleschen Westen doch relativ gering war. Rund dreißig Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer (unter ihnen etliche Vertreter aus der Politik sowie aus sozialpädagogischen Dienstleistungseinrichtungen und anderen Organisationen) trafen mit zwölf Referentinnen und Referenten sowie fünf weiteren Fachleuten aus der Stadtverwaltung zusammen. Das ergibt ein deutlich anderes Mischungsverhältnis als man es wohl bei einer *Bürgerkonferenz* erwarten würde.<sup>2</sup> Allerdings kann auch gesagt werden, dass dieses Mischungsverhältnis den Diskussionen nicht geschadet hat. Bereits die erste Konferenz zum Halleschen Westen am 20. September war durch eine sehr offene und produktive Atmosphäre gekennzeichnet gewesen; die zweite Konferenz am 11. Oktober stand dem in nichts nach. Die teilweise sehr intensiven Diskussionen und zahlreichen Gespräche fanden zwischen allen Beteiligten ‚auf Augenhöhe‘ statt.<sup>3</sup> Diese Wahrnehmung wird auch von den Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern geteilt; bei der Evaluation der Konferenz stimmten sie in hohem Maß der Aussage zu, dass sie bei der Konferenz den Eindruck gewonnen haben, dass sich die Verwaltung für die Meinungen der Bürger interessiert.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Hinter diesem Rückzug der Referenten und der Stadtvertreter stand die Idee, dass die Konferenzteilnehmer ihre Vorstellungen frei von Beeinflussungen entwickeln können sollten.

<sup>2</sup> Ein solches Mischungsverhältnis wäre ideal für eine Veranstaltung, bei der konkrete Projekte beraten und Entscheidungsvorlagen verabschiedet werden sollen.

<sup>3</sup> Doch bleibt es bei der Feststellung, dass die Teilnehmerzahl geringer als erwartet war. Eingeladen wurde zu den Konferenzen durch Flugblätter, die an zentralen Anlaufstellen im Halleschen Westen ausgelegt wurden; zudem wurden Vereine und Organisationen direkt angeschrieben; und neben dem Amtsblatt hatten auch die Tageszeitung und das Stadtmagazin die Konferenzen angekündigt. Möglicherweise gab es dennoch bei der Werbung Schwachstellen, doch wenn dies so ist, dann sind diese Schwachstellen nicht offensichtlich.

<sup>4</sup> Der Zustimmungswert lag bei 3,8 – das ist bei einem Maximalwert von 4 (=stimme völlig zu) sehr hoch. In gleichem Maß Zustimmung fand die Aussage, dass der Austausch mit anderen Bürgern anregend gewesen sei.

## Das Programm der zweiten Konferenz im Überblick:

<b>10.00 – 10.40</b>	<b>Eröffnungsvortrag zum Programm „Soziale Stadt“</b> Herr Lars Loebner (Fachbereichsleiter Planen, Stadt Halle (Saale))
<b>10.40 – 11.55</b>	<b>Referentinnen und Referenten:</b>
<b>Arbeitsgruppe 1:</b> Freiraumentwicklung und Verbindungswege	<b>Frau Trettin</b> (Stadt Halle (Saale), Teamleiterin Freiraumplanung) <b>Herr David Tucker</b> (ADFC) <b>Frau Thieme</b> (Stadt Halle (Saale), Koordinatorin Sport) <b>Herr Ralf Bucher</b> (Stadt Halle (Saale), Team Verkehrsplanung)
<b>Arbeitsgruppe 2:</b> Nachbarschaften und soziales Miteinander	<b>Herr Bettzüge</b> (Koordinator bei der Beauftragten für Migration und Integration, Stadt Halle (Saale)) <b>Herr Michael Scherschel</b> (Geschäftsführer SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH Halle (Saale)) <b>Herr Dr. Tarek Ali</b> (Vorsitzender Ausländerbeirat der Stadt Halle)
<b>Arbeitsgruppe 3:</b> Stadtteilzentren	<b>Herr Lars Loebner</b> (Fachbereichsleiter Planen, Stadt Halle (Saale)) <b>Herr Dr. Friedrich Busmann</b> (Architekt/Stadtplaner)
<b>Arbeitsgruppe 4:</b> Soziale Infrastruktur (Bildung)	<b>Herr Uwe Weiske</b> (Stabsstelle Sozialplanung, Bereich Bildung und Soziales, Stadt Halle (Saale)) <b>Frau Kerstin Ackermann</b> (Schulleiterin, KGS „Wilhelm von Humboldt“) <b>Herr Thomas Senger</b> (Stadtelternrat der Stadt Halle (Saale)) <b>Thorsten Schmidt</b> (Sozialpädagoge, Roxy)
<b>11.55 – 12.10</b>	<b>Kaffeepause</b>
<b>12.10 – 12.50</b>	<b>Mittagessen</b>
<b>13.50 – 15.30</b>	<b>Arbeitsgruppen: Ausarbeitung des „Bürgergutachtens“</b> <b>Vorschläge für Entwicklungsleitlinien zum „Halleschen Westen“;</b> <b>Vorschläge für Projekte im Rahmen der „Sozialen Stadt“</b>
<b>15.30 – 16.00</b>	<b>Kaffeepause</b>
<b>16.00 – 16.50</b>	<b>Ergebnispräsentation</b>
<b>16.50</b>	<b>Abschluss des Konferenztages durch Herrn Uwe Stägin</b> (Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, Stadt Halle (Saale))

## 2. Eröffnungsvortrag zum Programm „Soziale Stadt“

(Protokoll: Christoph Schubert)

Herr Lars Loebner (Fachbereichsleiter Planen der Stadt Halle) knüpfte zu Beginn seines Eröffnungsvortrags<sup>5</sup> an die vorangegangene Bürgerkonferenz an: Bei der ersten Konferenz hatten die Teilnehmerinnen den vorgeschlagenen stadtteilintegrierten Entwicklungsansatz positiv aufgenommen. Die Konferenzteilnehmer stimmten darin überein, dass es für Halle nicht mehr darum gehe, die Neustadt als einen Teil einer Doppelstadt zu verstehen, sondern die Neustadt sollte neben Nietleben und Heide-Süd als Teil des Halleschen Westens verstanden werden.

Herr Loebner beschrieb dann das Förderprogramm „Soziale Stadt“, dessen Ziel es sei, die Stadt ganzheitlich zu betrachten. Dabei stünden die folgenden zwei Fragen im Vordergrund: *Was kann baulich verbessert werden? Und was kann sozialstrukturell verändert werden? Als inhaltliche Rahmung solle dabei die Stärkung des Zusammenhalts und der Integration im Vordergrund stehen.*<sup>6</sup>

Herr Loebner stellte fest, dass durch die neue Regierungskoalition wieder mehr Geld zur Verfügung stehen würde, dass dieses Fördergeld jedoch an die Bevölkerungszahl gebunden ist und daher bevölkerungsstarke Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen, deutlich mehr zu erwarten haben als das bevölkerungsschwache Sachsen-Anhalt. Er erklärte jedoch auch, dass das Land Sachsen-Anhalt vorhabe, die Fördermittel des Bundes durch die (vom Programm geforderte) Co-Finanzierung für das Land nutzbar zu machen. Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ mit dem zu erstellenden, neuen Handlungskonzept basiere auf dem aktuellen Arbeitsstand des ISEK Halle (Saale) 2025. Bisher standen die folgenden Maßnahmen im Fokus der Förderung ausgehend vom Förderprogramm „Soziale Stadt“: Die Aufwertung öffentlicher Räume, das Quartiersmanagement, Förderung von Nachbarschaftszentren (z. B. Pustebume), sowie Ausbau und Erhalt von Sport und Spielstätten. Herr Loebner wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Idee der „Sportification“ Halles schon vor zehn Jahren entstanden ist.

---

<sup>5</sup> Die Vortragsfolien stehen unter den Dokumentationen auf der Webpage des ISEK.

<sup>6</sup> Diese zwei Fragen und ihre Rahmung durch das Thema der „Integration“ stehen nicht nur hinter dem Programm der sozialen Stadt, sie bilden auch den Hintergrund für die beiden Bürgerkonferenzen zum Halleschen Westen. In den Bürgerkonferenzen wurde der Begriff der „Integration“ dabei so vielschichtig verwendet, wie er ist. Zunächst bezeichnet der Begriff hier die soziale Integration; diese ist selbst wieder ein vielschichtiges Konzept, das sowohl die räumlich-soziale Mischung der Bevölkerung als auch die Förderung der sozialen (und politischen) Teilhabe aller (und insbesondere benachteiligter) Bevölkerungsgruppen umfasst. Mit Integration ist aber auch jede Verbindung von Teilen zu einem Ganzen gemeint, so also auch die Integration der verschiedenen Stadtviertel des Halleschen Westens zu einem Stadtteil und auch die Verbindung dieses Stadtteils mit der Gesamtstadt. Generell geht man in der Stadtplanung davon aus, *dass die räumliche Stadtteilintegration und Stadtintegration positive Effekte für die soziale Integration mit sich bringen* oder anders gesagt: dass das eine nicht ohne das andere wirklich zu entwickeln ist.

Das Handlungskonzept für das Förderprogramm müsse nun aber für die Jahre 2015-2019 fortgeschrieben werden und dazu bedürfe es der Bürgerbeteiligung. Ein Entwurf des Konzepts müsse bis Ende des Jahres formuliert sein. Übergeordnete Ziele für das neue Handlungskonzept sind die folgenden drei Punkte.

1) **Die Neustadt soll als integrierter Bestandteil des Halleschen Westens verstanden werden.** Dazu sollte sie besser mit den anderen Stadtteilen vernetzt werden. Es sei jedoch auch viel Imagearbeit nötig, da die Eigenwahrnehmung der Neustädter zwar gut ist, die Außenwahrnehmung der Neustadt sei dagegen jedoch sehr schlecht. Das Image der Neustadt könne aber auch durch Rückkehrer der zweiten Generation, die momentan vermehrt wieder in die Neustadt ziehen, besser werden, da diese Rückkehrer positive Kindheitserlebnisse mit dem Stadtteil verbinden.

2) **Soziale Stabilisierung, soziale Mischung und Integration.** Diese drei Aspekte sollen über zielgruppenspezifische Angebote ganz bewusst in der Neustadt gesteuert werden. Die Wohnungsbaugenossenschaften beispielsweise setzen das um, indem sie ihre Angebote auf junge Familien und ältere Bürger (Stichwort: barrierefreies Wohnen) ausrichten und zugleich ein generationenübergreifendes Wohnen fördern.

3) **Die Verbesserung des Wohnens und des Wohnumfelds.** Für den Stadtteil Neustadt heiße dies, die Moderne, die Nachkriegsmoderne bzw. das Bauhaus unter dem Vorzeichen des Sozialismus als Anknüpfungspunkte aufzunehmen und die Neustadt so auch unter Denkmalschutzaspekten zu berücksichtigen. Herr Loebner betonte, dass ‚die Stadt‘ die Frage klären müsse, wie diese einmalige Bausubstanz einerseits bewohnt und genutzt, andererseits aber auch erhalten werden könne.

Mit dem Aspekt der Stärkung des Wohnens und des Wohnumfelds verband Herr Loebner in seinem Vortrag die bedarfsorientierte Entwicklung des Wohnraums und die Stärkung von Stadtteilzentren und einzelnen Quartieren. Das Einmalige der Neustadt sei hier, dass es aufgrund der Architektur viele freie und öffentliche Räume zu nutzen und zu gestalten gebe. Damit gebe es, wie in kaum einem anderen Viertel, starke Kontraste in der Siedlungsstruktur.

**Als Konzept für den Halleschen Westen schlug Herr Loebner vor, das Fördergebiet Soziale Stadt um das Gebiet der Peißnitz zu erweitern, um den Westen so näher an die Altstadt zu bringen und die Verbindungen zu stärken.**

Die Pläne für die nächsten fünf Jahre umriss Herr Loebner – unter anderem - mit folgenden Vorhaben:

- Revitalisierung der Stadtzentren (Sanierung der Scheibe(n), aber auch die Belebung der Wohnkomplexzentren)

- Verbesserung der Vernetzung über nichtmotorisierte Verkehrsachsen
- das Peißnitzhaus als Treffpunkt der Neu- und Altstädter zu entwickeln
- Ausbau des barrierefreien Wohnens
- Stärkung der Integrationskraft des Stadtteils (dies auch mit Blick darauf, dass es weitere Zuzüge von MigrantInnen in die Neustadt geben wird)
- Ausbau von Arbeitsmöglichkeiten und Bildungsangeboten.<sup>7</sup>

An Herrn Loebners Vortrag schloss sich eine Fragerunde im Plenum an. Die erste Frage betraf die Sportstätten an den Angersdorfer Teichen (also im Süden des Halleschen Westens). Herr Loebner wurde gefragt, wie er sich dort die Entwicklung vorstelle. Er antwortete, dass dies abschließend noch nicht geklärt sei. Es seien aber verschiedene Szenarien möglich. Generell sei dies eine Frage des Stadtumbaus und dem Umgang mit Transformation. Die Gestaltung eines „Transformationsrings“ habe gut funktioniert und zukünftig sei auch keine dramatische Schrumpfung mehr zu erwarten. Er rechne mit 10 %. Eine Strategie könne daher sein, die Ränder zu stärken weil die Innenstadt gut funktioniert. Baulich sei der Süden der Neustadt (Südpark) aber architektonisch nicht mehr ganz so interessant, da es nur noch um die schnelle „Wohnungsproduktion“ ging. Aber er nehme die Sorge um den Abbau der Infrastruktur im Süden mit.

Die zweite Frage bat um weitere Ausführungen zu dem Punkt „Stärkung des Neustadtzentrums“. Herr Loebner antwortete, dass die Scheiben historisch eine Wohnfunktion (wie Halle Neustadt insgesamt) hatten. Das Neustadtzentrum sei aber in der Stadtplanung ein Nebenzentrum, wird also als zentraler Versorgungsort behandelt. Dafür steht bislang vor allem das Neustadt-Center. Heute sei das Neustadt-Center ausgelastet und habe eine breite Strahlwirkung ins Umland. Zukünftig könne daher mehr Fläche in den Passagen unter den Scheiben entwickelt werden. Zudem stelle sich die Frage, wie sich die Scheiben nicht nur als Wohnungen, sondern auch als Dienstleistungszentrum entwickeln lassen.

Ein Kommentar kam von Gudrun Hensling, einer der ersten Stadträtinnen nach der Wiedervereinigung. Halle Neustadt wurde ihrer Meinung nach nur mit Halle verbunden, damit Halle eine Großstadt wurde. In den Köpfen der Bürger Halles sei das Image von Halle Neustadt jedoch immer noch sehr negativ und auch die Bürger von Heide-Süd versuchten

---

<sup>7</sup> Wie bereits bei den allgemeinen Zielbestimmungen (siehe oben Seite 4 und Seite 5 die Punkte 1.-3.), so wird auch bei diesen etwas konkreteren Leitlinien deutlich: Die Vorstellungen der Stadtverwaltung zur Umsetzung des Programms der sozialen Stadt stimmen mit den Themen der Bürgerkonferenzen zum Halleschen Westen weitgehend überein. Wir werden auf die Programmpunkte des Handlungskonzeptes der Stadtverwaltung im Verlauf dieses Berichtes noch zurückkommen.



sich von Halle Neustadt abzugrenzen. Dies zeigten ihr die starken Ressentiments, die oft gegen Bürger, die in Halle Neustadt wohnen, geäußert würden.

Die letzte Frage zielte auf das Gewerbegebiet Neustadt. Es entstände der Eindruck, dass die Bemühungen der Stadt Gewerbe anzusiedeln, sich vor allem auf den Starpark konzentrieren würden; das Gewerbegebiet der Neustadt würde jedoch unterschätzt. Dabei könne durch die Stärkung dieses Gewerbegebietes aber die Einheit von Arbeiten und Wohnen im Halleschen Westen unterstützt werden. Daher sollte dies Gebiet zukünftig präsenter sein und entwickelt werden. Herr Loebner antwortete darauf, die Wirtschaftsentwicklung würde direkt beim Oberbürgermeister diskutiert. Aber auch seiner Wahrnehmung nach bestünde allseits ein Interesse daran, dieses Gewerbegebiet zu entwickeln.

### 3. Thematische Arbeitsgruppen

Nach dem Eröffnungsvortrag wurden vier thematische Arbeitsgruppen gebildet:

- Arbeitsgruppe 1: Freiraumentwicklung und Verbindungswege; Sport
- Arbeitsgruppe 2: Nachbarschaften und soziales Miteinander
- Arbeitsgruppe 3: Stadtteilzentren
- Arbeitsgruppe 4: Soziale Infrastruktur (Bildung)

Im Folgenden werden die Inhalte der Vorträge, die Diskussionen mit den Referenten und die Arbeitsergebnisse des Nachmittags dargestellt.

#### **Arbeitsgruppe 1: Freiraumentwicklung und Verbindungswege; Sport**

(Protokoll: Karoline Haufe)

In der ersten Arbeitsphase fanden zunächst die Vorträge der Fachreferenten statt.

Zunächst sprach Frau **Trettin** (Teamleiterin Freiraumplanung, Stadt Halle (Saale)) über die Planung von Freiräumen und Verbindungswegen. Eingangs wies Frau Trettin darauf hin, dass sie es durchaus begrüßt, Vorschläge seitens der Bürger im Hinblick auf die Erstellung eines Handlungskonzeptes mit der Zielperspektive von 2025 zu hören.

Sie wies ausdrücklich auf die netzartige Struktur des „Halleschen Westens“ hin. Sie räumte ein, dass Außenlagen, also Randgebiete aufgrund unklarer Entwicklungstendenzen bisher immer stiefmütterlich behandelt wurden. Zentral in der Planung von Freiräumen und Verbindungswegen sei zum einen die weitere Vernetzung. Es gebe in der Planung große Linien, die maßgeblich sind. So z. B. eine Verbindung zwischen Heide-Süd und dem Weinberg, eine bessere Nutzung (Anbindung und Einbindung) der Saaleaue von Neustadt aus; Brückennutzung für Ost-West-Verbindungen; eine Brücke über die Elisabethsaale (auf der Karte – siehe folgende Seite – sind diese Vernetzungswege des Grün als 4.1, 4.2 und 4.5 markiert). Hierbei geht es um Vernetzungen für den Fuß- und Radverkehr.<sup>8</sup> Des Weiteren gebe es schon Straßen, aber eine bessere Nutzung mit dem Rad wird angestrebt, so z. B. bis zu den Angersdorfer Teichen (4.7). Die Funktion des Bruchsees als Naherholungsgebiet wird hervorgehoben, hierfür ist eine bessere Erreichbarkeit mit dem Rad in Planung (4.3). Auch im Wohnkomplex 4 sollen neue Wege für eine bessere Vernetzung geschaffen werden (4.4). Andererseits betonte Frau Trettin die Qualität, die diese Vernetzung schafft; welchen Mehrwert bringen die geschaffenen Freiräume. Diesbezüglich räumte Frau Trettin ein, dass die derzeit vorhandenen Spielplätze zum Teil Mängel aufweisen. Der Spielplatz „kleiner Teich“ ist davon betroffen; das „Kinderdorf“ soll an der bisherigen Stelle wegen der Randlage aufgegeben werden. Dafür soll am Gastronom ein neuer Spielplatz geschaffen werden (auf

---

<sup>8</sup> Gemeint sind die dick gezeichneten (unterbrochenen) und mit roten Markierungen versehenen Pfeile auf der Karte; leider kann man die Ziffern auf der Karte nicht erkennen.

den dort brachliegenden Flächen). Der Bolzplatz am Gimritzer Damm ist in schlechtem Zustand; auch der Bestand im Südpark ist schlecht, soll aber aufgrund der hohen Kinderarmut im Quartier erhalten werden. Der Skatepark und das Spielschiff in Heide-Süd sind gut besucht und werden in Stand gehalten (Skatepark durch congrav e.V. betreut).



Als Fragen bzw. Anmerkungen seitens der Bürger wurden zum Vortrag von Frau Trettin folgende Punkte formuliert: Ein Radweg zwischen Nietleben und Dölau ist unerlässlich. Ein Radweg zwischen Halle-Neustadt Süd und der südlichen Innenstadt ist wichtig (z. B. Nutzung der Rohrbrücke oder andere Variante). Der Himmelsscheibenweg ist in einem schlechten Zustand, da muss etwas passieren. Zudem muss eine Verbindung zwischen Neustadt und Heide-Süd geschaffen werden.

Herr **Tucker** vom **ADFC** hielt einen gut bebilderten Vortrag über die Naherholungsradwege.<sup>9</sup> Diese seien durch Hindernisse verschiedenster Art gekennzeichnet. Im Gesamtbild lassen sich bestehende Wege in gute Achsen (grün), mittelmäßige (orange) und schlechte Wege (rot) untergliedern. Diese Einteilung wurde anhand von vier Eigenschaften vorgenommen (direkte Erreichbarkeit, Komfort, Sicherheit, Wegweisung). Am dringendsten wird ein Weg zwischen Nietleben und Dölau gefordert, zudem ein Radweg entlang der Heidestraße. Bis zur Planung, Umsetzung und Beseitigung bestehender Hindernisse seien gute Karten (für die Nutzung von Schleichwegen), GPS und Geduld notwendig.

Frau **Thieme** stellte den **Fachbereich Sport** vor. Sie machte deutlich, in welcher Breite der Fachbereich zuständig ist: vom Dienstsport über Unisport bis hin zur Unterstützung von Olympia usw. Der Fachbereich Sport arbeitet mit verschiedenen Trägern zusammen. Städtische Sportstätten sind auf der Karte (siehe die Abbildung auf der folgenden Seite) rot eingezeichnet, an Verein verpachtete Sportanlagen sind grün markiert. Weiter stellte Frau Thieme wichtige Sportstätten in ihrer Bau-, Sanierungs- oder Erweiterungsgeschichte sowie ihrer Nutzung vor: das Stadion, die Ballsporthalle, die Trockensprunghalle (4) und die Gymnastikhalle (3) sowie zuletzt den Eisdome.

---

<sup>9</sup> Die Folien zum Vortrag findet man bei der Dokumentation der Bürgerkonferenzen auf der Webpage zum ISEK.





Im Anschluss an den Vortrag stellten die Bürger folgende Fragen: Es wurde explizit nach der Auslastung der Ballsporthalle gefragt. Frau Thieme antwortete, dass sie neben den sportlichen Großveranstaltungen vormittags durch Schulklassen genutzt wird. Sie betonte auch, dass natürlich eine Halle „genutzt“ erscheint, wenn Mannschaften trainieren im Vergleich zu individuellem Einzelsport/Leistungssport. Weiterhin fragte ein Bürger, ob das Stadion auch für Leichtathletik genutzt werden könne. Frau Thieme antwortete, dass die Nutzung derzeit durch Schulklassen erfolgt, für die Nutzung im Leistungssport muss das Stadion erst saniert werden. Dies sei in der Planung unter dem Projekt „Soziale Stadt“. Frau Hensling, ehemalige Stadträtin Neustadts, fragte nach der Nutzung der Brandbergehalle als Mehrzweckhalle, denn ursprünglich sei diese so gebaut worden (Möglichkeit des Austausches des Bodens in Parkettboden), sei eine Auflage damals gewesen. Frau Thieme sagte, dass derzeit eine Zweckbindung durch die Leichtathletik vorläge. Die Sportler seien also mächtiger, meinte Frau Hensling abschließend. Ein Bürger wies auf den Neubau von vielen Sportanlagen hin, dies sei teuer und man solle doch gleich in richtige Anlagen investieren als in Provisorien (Stichwort: Eisdome). Hier antwortete Frau Trettin, dass eine neue Eissporthalle mit dem Standort Blücherstraße beschlossen wurde, der Eisdome wurde geschaffen, damit die Eishockey-Mannschaft ohne Saisonverlust trainieren kann. Nach dem Umzug kann dann der Eisdome als modulare Sportstätte genutzt werden. Durch die Fördermittel (Flut) hätte man so ein „neues Sportzentrum zum Nulltarif“ erhalten. Im Zuge des Neubaus in der Blücherstraße werden dann auch die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel neu geordnet, um Lärmbelastigungen möglichst zu vermeiden.

Im Anschluss an die Vorträge hatten die Bürger eine Viertelstunde Zeit, um die Vorträge zu reflektieren:

Eine Bürgerin berichtete von der guten Radwegesituation in Salzburg, dass es z. B. Anwohnerstraßen gäbe, die nur für Radfahrer und Anwohner zum Parken genutzt werden, dass Radfahrer zum Teil auf manchen Straßen Vorfahrt haben.

Den Vortrag von Herrn Tucker empfanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe als sehr gut. Sie waren von dem Konzept begeistert. Sie hoben auch hervor, dass die Konzepte vom ADFC und von Frau Trettin zu weiten Teilen die gleichen Planungen beinhalten. Man könne sehen, dass die Verwaltung die richtigen Schritte in die richtige Richtung ginge, dass aber die finanziellen Ressourcen leider stark beschränkt seien. In diesem Kontext wurde gefragt, ob denn aus dem Projekt „Soziale Stadt“ Mittel für die Planung und Umsetzung von Radwegen genutzt werden könnten. Frau Trettin bejahte dies.

Weiterhin wurde noch einmal positiv hervorgehoben, dass Neustadt eine Sportstadt ist; die eine starke Anziehungskraft auf die ganze Stadt habe.

Angemerkt wurde auch, dass, wie Frau Trettin schon sagte, die Randgebiete in der Planung immer runterkippen. Aber wenn nun der Westen als ein Gesamtgebiet von Neustadt, Heide-Süd und Nietleben gesehen werden solle, so müssten Randgebiete besser einbezogen werden; manche Randgebiete seien dann keine Randgebiete mehr. Vor diesem Hintergrund muss das Motorball-Gelände wegen der hohen Lärmbelästigung für die Wohngebiete verschoben werden.

Nach dieser Reflektionspause hatten die Bürger Zeit, ihre Gedanken mit den Referenten gemeinsam intensiver in einer Diskussionsrunde zu besprechen.

Die Diskussionen des Vormittags wurden in den Nachmittagsdiskussionen aufgenommen und weitergeführt. Die Ergebnisse wurden durch die Präsentation der Arbeitsgruppe im abschließenden Plenum wie folgt zusammengefasst:

### **Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 1: Freiraumentwicklung und Verbindungswege**

Die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe legten zu Beginn ihrer Ergebnispräsentation im abschließenden Plenum großen Wert darauf, zwei Punkte vorab hervorzuheben: Die Arbeit in der Gruppe hat sehr von Frau Trettins Referat profitiert. Und: Es haben sich weitgehende Übereinstimmungen zwischen den Vorstellungen der Stadtplanung, den Vorstellungen auf der Seite der Interessenorganisation (ADFC) und den Vorstellungen der Bürger ergeben.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wie folgt zusammengefasst:

#### **1. Leitlinie: Neustadt – Nietleben – Heide-Süd -> Gesamtbild**

#### **2. Entwicklung – Projekte – Leitlinien für die Freiraumentwicklung und Verbindungswege**

##### **2.1 Fahrradwege – Nutzung von Fördermitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“**

##### **2.1.1 Projekte des ADFC mit konkreter Benennung von Prioritäten (-> Öffentlichkeit)**

A. Nietleben-Dörlau

B. Nietleben-Bennstedt – Anbindung Süßer See (Anregung zur Finanzierung über Tourismusprojekt Sachsen-Anhalt)



## C. Neustadt (Feuerwache/B 80) – Böllberg

2.1.2 Koordination mit Stadt Halle, Bereich Freiraumplanung, fortführen

2.1.3 Verbindung der Stadtteile Neustadt – Nietleben – Heide-Süd erweitern

2.1.4 Befürwortung der Anbindung Hallescher Westen – Peißnitz – Altstadt wie von der Stadtplanung (und im Internationalen Studentenworkshop) vorgeschlagen

### **2.2 Freiräume Neustadt – Nietleben:**

- als Ruhezone ausbauen
- hier: Areal „Bruchsee“ aufwerten
- Sportanlage Nietlebener Straße: Verlegung Motoballplatz in Randlage des Halleschen Westens (und nicht mittig)
- Umland Bruchsee – Schranke Hallesche Str. – als Parkplatz gestalten
- Befürwortung der weiteren Entwicklung des „Halleschen Westens“ als SPORTSTADTTEIL
- Beachtung „kritischer Stadtteile“ (hier „Südpark“) bei der Entwicklung

### **2.3 Einbeziehung des Halleschen Westens in die Entwicklung Peißnitz und Saaleaue**

2.4 Kulturelle Verbindungswege zum Halleschen Westen erschließen: Kleinkunst, vorhandene Potentiale nutzen

2.5 Stadtteilzentrum: Problem der „Scheiben“ als Freiraumentwicklungspotential verstehen

2.6 Erhaltung des Friedhofs Neustadt – Problemlösungen konstruktiv suchen und nicht durch Schließung abbrechen

2.7 Ausbau stadtweit attraktiver Spielplätze, wie z. B. Wasserspielplatz Heide-Süd

### **3. Der Hallesche Westen in der Stadt Halle:**

3.1 Saalequerungen:

3.1.1 Saalebrücke für öffentlichen und Individualverkehr

3.1.2 Erhaltung der 4-spurigen Hochstraße oder Schaffung von Ersatz/Alternativen

3.1.3 Fußgänger-, Fahrradbrücke von Peißnitz – Sophienhafen – Saline - Altstadt

## **Arbeitsgruppe 2: Nachbarschaften und soziales Miteinander; soziale Mischung**

(Protokoll Christoph Schubert)

**Carsten Bettzüge** (Koordinator bei der Beauftragten für Migration und Integration der Stadt Halle(Saale)) beschrieb Halle als eine vielfältige Stadt. Für Sachsen-Anhalt habe sie mit vier Prozent eine hohe Ausländerquote; wenn man Personen mit Migrationshintergrund<sup>10</sup> betrachte, seien es etwa 7,4 Prozent. Man könne insbesondere einen starken Zuwachs aus osteuropäischen Ländern nach dem Freizügigkeitsgesetz beobachten. Dies betreffe vor allem die Länder Rumänien, Bulgarien und Polen. Nach Halle Neustadt kämen vor allem Bulgaren. Ausländer bevorzugen vor allem den Süden und Norden der Neustadt. Kaum Ausländer dagegen gäbe es in Nietleben und Heide-Süd. Im Westen der Neustadt sei der Ausländeranteil deutlich geringer. Insgesamt lebten in der Neustadt etwa 45 Nationen teilweise aber auch nur vertreten durch ein oder zwei Bürger. Die meisten Ausländer kommen aus Russland, Syrien, der Ukraine und der Türkei. Syrische Flüchtlinge und Russische Zuwanderer sind starke Bevölkerungsgruppen geworden. Die Zuwanderung von Spätaussiedlern sei aber faktisch beendet. Die Neustadt sei neben der Innestadt einer von zwei Bereichen in Halle, wo viele Ausländer wohnen. 30 Prozent lebten in der Neustadt weil dort das Wohnen preiswert ist, es muttersprachliche *Communities*<sup>11</sup> gibt und Integrationsberatungsstellen wie die Pustebume existieren. Der hohe Ausländeranteil spiegle sich nicht in allen Schichten wieder. Es gebe jedoch inzwischen auch Kitas in denen 50 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund haben. Herr Bettzüge hob als Problem hervor, dass es in den Nachbarschaften kaum Berührungspunkte zwischen den verschiedenen Gruppen gäbe. Er plädierte dafür weitere Kontaktmöglichkeiten zu schaffen, beispielsweise die Integration durch Sport zu stärken oder Orte zu schaffen, an denen sich Nachbarn wieder kennenlernen können.

An seinem Vortrag knüpfte eine Nachfragerunde an. Zunächst wurde gefragt, welche Unterschiede es zwischen der nördlichen und der südlichen Neustadt gibt und inwiefern sich dort jeweils die Zusammensetzung der Communities unterscheide. Die anwesende Quartiersma-

---

<sup>10</sup> Als Personen mit Migrationshintergrund werden Menschen gezählt, die entweder selbst im Ausland geboren wurden oder von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Anders als die Bezeichnung ‚Ausländer‘ sagt die Bezeichnung ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ nichts darüber aus, ob jemand die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder nicht.

<sup>11</sup> Der englische Ausdruck „community“ für „Gemeinschaft“ wird oft verwendet, wenn man über Migrantengruppen spricht. Dabei wird keineswegs immer geprüft, ob es wirklich Gemeinschafts- und Gruppenbildung gibt. Man verwendet den Ausdruck also auch dort, wo man einfach nur über Bevölkerungskategorien (beispielsweise Zuwanderer aus einem Herkunftsland) spricht.

nagerin antwortete, der Süden sei eher durch Osteuropäer bzw. Russen geprägt, während im Norden der arabische Raum vertreten ist. Eine weitere Frage stellte Herr Bothur als Vertreter des SKC TABEA Halle, er wollte wissen, wie man sich als Verein einbringen könne, um die Integration durch Sport zu unterstützen. Herr Bettzüge antwortete, dass er sich gerade in Verhandlungen mit dem Fachbereich Sport der Stadt und dem Landessportbund befinde, dass es aber noch keine konkreten Planungen gebe. Die letzte Frage beschäftigte sich noch einmal mit der Wohnsituation der Ausländer. Es wurde gefragt, inwiefern diese Wohnungen in Halle Neustadt bewusst zugewiesen bekommen oder ob sie freiwillig nach Halle Neustadt kommen. Die Antwort war, dass keiner eine Wohnung zugewiesen bekommt, dass es aber um preiswerte Wohnungen ginge und dass zudem Ausländer die Nähe zu ihrer *Community* suchen würden.

**Michael Scherschel** (Geschäftsführer SPI, Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH) stellte in seinem Vortrag zunächst das SPI vor, welches seit 2000 in Halle Neustadt existiert und das Projekte im Rahmen von Förderprogrammen (wie dem der „Sozialen Stadt“) entwickelt und durchführt. Das SPI ist mit dem Quartiersmanagement beauftragt und es betreut seit 2008 mit der Pustebume ein „Internationales Mehrgenerationenhaus“. Als Thema des Vortrags wählte Herr Scherschel: Vereinsamen oder selbstbestimmtes Altern im Quartier. Wohnen in Halle Neustadt heißt für ihn nicht nur wohnen in der eigenen Wohnung sondern auch Wohnen im Quartier. In Halle Neustadt gebe es einen sehr hohen Anteil von Erstbezieherinnen und Erstbeziehern. Die soziale Mischung würde im positiven Sinne getragen durch diese gut ausgebildeten Erstbezieher, welche in der Neustadt sehr gut vernetzt und integriert sind. Diese seien aber heute Senioren. Scherschel führte aus, dass selbstbestimmtes Wohnen im Alter immer mehr an Bedeutung gewinnen würde und dass dazu bauliche Anpassungen für ein barrierefreies Wohnen nötig seien. Ziel müsse sein, dass jeder in der vertrauten Wohnumgebung alt werden könne. Nach Scherschels Meinung ist die Angebotsvielfalt für soziale Dienstleistungen in Halle Neustadt heute sehr vielfältig, aber auch unübersichtlich. Ältere Menschen wüssten oft nicht, wo sie das für sie Passende finden können. Daher sei eine Art Quartiersservice als niederschwelliges Beratungsangebot und Vermittlungsinstanz nötig. Da der Anteil der Älteren so stark wächst, wird man nicht für alle Personen Pflegeplätze schaffen können, daher sei barrierefreier bezahlbarer Wohnraum nötig. Seiner Ansicht nach sind die wohnortnahe Grundversorgung, die medizinische Versorgung und die Verkehrsinfrastruktur in Halle Neustadt gut. Es müssten jedoch Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden, um der Vereinsamung entgegenzuwirken. Dazu müsse man sich in Zukunft mehr überlegen. Es gebe zwar schon solche Kommunikationsmöglichkeiten in soziokulturellen Treffs wie beispielsweise dem

Mietertreff Hemingway oder dem der AWO. Auch die Pusteblume sei hier ein wichtiges Zentrum. Unter den älteren Migranten treffen sich dort besonders die Spätaussiedler. Als Mehrgenerationenhaus mache die Pusteblume ein vielfältiges Angebot mit monatlichem Programm im Kreativbereich, mit der „schillerBühne“, dem Blasebalgorchester und dem Seniorentanz. In der Pusteblume gäbe es gegenwärtig noch ein Modellprojekt zum Wohnen im Alter. Zukünftig würden jedoch mehr Wohnungen gebraucht, die barrierefrei sind und in denen Senioren Hilfe zur Selbsthilfe geboten würde, wie zum Beispiel eine Senioren-WG die bei Bedarf auf Dienstleistungen zurückgreifen kann. Auch das Zusammenführen der Senioren und jungen Menschen könne dabei helfen und das nachbarschaftliche Engagement stärken.

Herr Dr. **Tarek Ali** (Vorsitzender Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale)) hob zu Beginn seines Vortrages hervor, dass nicht Integration das entscheidende Wort sei, sondern Teilhabe: Integration beruhe auf Partizipation und Teilhabe. Die Sprachförderung spiele dafür eine besonders wichtige Rolle. Migranten müssten dazu stärker motiviert werden auch in dem man sie persönlich anspreche. Sozialer Aufstieg sei nur über Bildung möglich und dabei spielt die Sprache eine elementare Rolle. Die Migrantenorganisationen selbst leisten bei der Integration schon wichtige Arbeit, es sollte ihnen ermöglicht werden, sich zukünftig noch stärker dafür einzusetzen. Dafür sei es wichtig, hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter dieser Organisationen zu stärken, beispielsweise durch das Zahlen von Aufwandsentschädigungen. Auch sollten die Organisationen mehr Ressourcen zur Verfügung bekommen. Sie sollten eigene Programme und Angebote auflegen dürfen, um die Integration zu unterstützen.

Migranten müssten besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Wohnungsbaugenossenschaften müssten mehr auf Migranten zugehen und ihnen Wohnungen so anbieten, dass die Mischung gestärkt würde und die Berührungängste zwischen Migranten und Nicht-Migranten abgebaut würden. Beispielsweise könnten die Genossenschaften Treffs der Mieter in einem Haus organisieren. Dr. Ali schlug darüber hinaus vor, Telefonlisten verschiedensprachiger Migrantenvertreter an Ämter und Behörden zu verteilen, so dass diese im Bedarfsfall auf Dolmetscher zurückgreifen können. An verschiedenen Punkten in der Neustadt sollte es Infotheken für Migranten geben, an denen sie sich auch in ihrer jeweiligen Muttersprache über Integrationsbeauftragte, Treffs, Ärzte, etc. informieren können. Dr. Tarek Ali setzte sich zuletzt in seinem Vortrag dafür ein, Migranten bei ihrer Ankunft stärker aufzuklären – beispielsweise darüber, was die Einheimischen unter Ordnung und Sauberkeit verstehen – so dass Missverständnissen hier frühzeitig entgegengewirkt werden kann. All diese Punkte gehören für Dr. Ali zur Willkommenskultur, die es zu stärken gelte.

Auch an diesen Vortrag schloss sich eine kurze Nachfragerunde an, bei der er zunächst gefragt wurde, wo die Orte sind, an denen sich die Communities treffen. Er antwortete die Communities selbst treffen sich beispielsweise im Islamischen Kulturzentrum, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland würde sich treffen; und ein Zentrum sei die Pustebume. Gruppenübergreifend trafen sich die Communities eigentlich nur bei Sportstätten. Herr Scherschel fügte hinzu, dass sich zwar auch in der Pustebume verschiedene Communities treffen würden, diese manchmal aber auch nur für sich allein sein wollen und den Kontakt zu anderen gar nicht suchen. Dr. Ali fügte hinzu, dass es einzelne Tage, wie den Internationalen Frauentag, gebe, wo sie zusammenkämen. Letztlich wurde offensichtlich, dass von diesem Vortrag die Frage blieb, wie eine Willkommenskultur wirklich erzeugt und gestärkt werden könne.

### **Reflektion zu den Vorträgen**

Die Reflektion zu den Vorträgen fand ohne die Referenten statt und diente dazu in der Gruppe Fragen an die Referenten vorzuformulieren bzw. entsprechende Themen zu finden.

- Eine Frage war dabei, ob die Wahrnehmung anderer als Mitbürger und als ‚Menschen wie du und ich‘ denn mit gesonderten Veranstaltungen zur Begegnung wirklich nachhaltig gefördert würde. Die sozialwissenschaftliche Forschung habe gezeigt, dass Integration am besten durch die gleichberechtigte Teilnahme an gemeinsamen Projekten gefördert würde. Ähnlich ist es beim Sport: Man trifft sich um den Sport auszuüben, man setzt sich für den Verein ein, usw., man verfolgt gemeinsame Ziele.

- Ein weiterer Aspekt war der Hinweis, dass die Toleranz gegenüber Migranten, Neubürgern oder auch gegenüber jüngeren Familien nicht überall gleich stark ausgeprägt sei und teilweise Probleme durch Intoleranz entstünden.

- Die Quartiersmanagerin Frau Kirsch wies darauf hin, dass man mit Integration locker umgehen muss und nicht so viel Angst davor haben sollte etwas falsch zu machen, dies finge schon bei Begrifflichkeiten an.

- Herr Dr. Fliegner (Abteilung Planung, Stadt Halle (Saale)) setzte sich dafür ein, auch über Integrationsprobleme zu reden und zu fragen, wo es diese gibt, welche Gruppen Probleme miteinander haben, und wo problematische Orte sind.

- Eine Frage zielte auf das Problem der Segregation. Dabei sollen einerseits die Vertreter der Stadt erklären, was sie gegen Segregation im gesamten Stadtgebiet tun, und andererseits könnten doch die Wohnungsbaugenossenschaften die Nachbarschaften stärken und zur

Integration beitragen, der „Block“ sei doch eine interessante Wohnform, um Nachbarschaft zu entwickeln.

- Herr Hamida, ein Unternehmer aus der Neustadt, der selbst viel Kontakt zu Migranten hat, schlug vor, muttersprachliche Informationszettel/ -broschüren für die Migranten zu gestalten, die ihnen erklären, auf was sie im Umgang mit Einheimischen achten sollten. Ihm war jedoch wichtig, dass so etwas von der Stadt und den Migrantenorganisationen zusammen ausgeht.

- Die Referenten sollten gemeinsam gefragt werden, inwiefern sie sich vorstellen können, gemeinsame Arbeitsstrukturen zu schaffen, um die Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig den Halleschen Westen zu integrieren.

- Als Anregung an Dr. Ali wurde formuliert, dass man ja von vielen Aktionen der Migrantenorganisationen gar nichts wisse, von diesen auch nichts in der Presse zu lesen ist. Dabei könnte man doch eben durch die Aktionen der Migrantenorganisationen auch positive Artikel über Migranten in der Presse schreiben und nicht wie üblicherweise Migranten nur im Zusammenhang mit Problemen betrachten.

- An Frau Landgraf (GWG) als anwesende Vertreterin der Wohnungswirtschaft wurde die Frage gerichtet, was die Wohnungsgesellschaften tun würden (und vielleicht noch tun könnten), um die soziale Integration zu fördern.

### **Diskussion mit den Referenten**

Zunächst wurde das Thema der Sprachförderung diskutiert. Herr Dr. Ali erklärte, dass einige Migranten die angebotenen Sprachkurse nur absolvierten, um ihre Unterlagen für das Asylverfahren oder den Einbürgerungsantrag zu vervollständigen. Insbesondere die Frauen seien es, die die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschten. Diese seien jedoch auch schwer zu erreichen, da die Männer dieser Frauen ihre Sprachförderung teilweise nicht unterstützten oder untersagten. Dr. Ali schlägt vor, man solle die Lösung dafür bei den Communities suchen. Diese seien bei den Männern akzeptiert und vertrauenswürdig, dort könnten ihre Frauen Deutsch lernen. Eine andere Möglichkeit sei, Muttersprachkurse zeitgleich zum Schulunterricht der Kinder in den Schulen stattfinden zu lassen. Frau Kirsch vom Quartiersmanagement betonte, dass es niedrigschwellige Angebote seien, Migranten bräuchten teilweise keinen umfassenden Sprachkurs, sondern Kurse, die sie in ihrer Lebenswelt abholen und ihnen bei der Alltagsbewältigung helfen. Auch dies könne in der Community geschehen. Herr Scherschel setzte sich dafür ein, unterschiedliche Gruppen zu betrachten, man müsse zwischen Neuankömmlingen, Personen die schon länger da sind und solchen, die sich noch im Asylverfahren befinden, unterscheiden. Auch er plädiert dafür

zunächst einmal Informationen in der jeweiligen Muttersprache über die Community zu verbreiten, diese habe dann die Aufgabe sich für den Spracherwerb einzusetzen. Integrationsprobleme entstehen für ihn aber nicht nur aus mangelnder Sprachkenntnis, er sieht auch große Probleme bei der Anerkennung der Berufsausbildung von Migranten und berichtet als Beispiel von einer irakischen Bauingenieurin, die nun in einem Frisörsalon arbeitet, weil ihr irakisches Studium nicht anerkannt wird.<sup>12</sup>

Als nächstes wurde kurz darüber diskutiert, ob es einer stärkeren Vernetzung der Akteure bedürfe oder ob das Quartiersmanagement ausreiche. Frau Kirsch selbst meint dazu, sie glaubt, dass momentan nicht alle vom Quartiersmanagement wissen. Sie wies zudem darauf hin, dass das Quartiersmanagement festere und sicherere Strukturen und nicht nur Zeitverträge bräuchte.

Ein weiteres Thema war, wie man die Anerkennung von Zuwanderern als Mitbürger fördern könne. Wie wirkungsvoll ist eigentlich das Schaffen von Gelegenheiten zur Begegnung beispielsweise durch interkulturelle Feste?<sup>13</sup> Für Herrn Scherschel sind sie ein wichtiger Teil der Willkommenskultur, sie würden zum Abbau von Ressentiments beitragen. Für Herrn Bettzüge dienen Feste ebenfalls dazu Migranten und Einheimische ins Gespräch zu bringen und sind somit ein wichtiger Bestandteil der Integration. Andere Teilnehmer wiesen jedoch darauf hin, dass Ressentiments viel stärker durch gemeinsame Projekte abgebaut würden, in denen Deutsche und Zuwanderer zusammen ein gemeinsames Ziel verfolgen. Herr Bettzüge verwies darauf, dass es in der Vergangenheit eine Patenschaft der Landsmannschaft für den Spielplatz Drachennest gegeben habe, es hätte also solche Projekte gegeben. Herr Dr. Fliegner erklärte, dass die „Soziale Stadt“ hier zukünftig mehr Ressourcen zur Verfügung stellen könne, so dass Projekte zusammen mit den Communities durchgeführt werden können.

Als nächster Punkt wurde darüber diskutiert, was für das Miteinander in der Neustadt getan werden könnte. Die spontane Antwort war, Gemeinschaft müsse wieder stärker gelebt werden. Beispielsweise habe es früher innerhalb der Wohnblocks einen gemeinsamen Raum für die Nachbarschaft gegeben. Als Vorschlag wurde die Möglichkeit ins Spiel gebracht, Jugendclubs zu Familienzentren umzubauen, wo sich dann auch Nachbarn treffen können. So könnten auch Migranten über ihre Nachbarschaftsnetzwerke integriert werden. Dr. Ali

---

<sup>12</sup> Jenseits des Einzelbeispiels ist das Problem der Nicht-Anerkennung auswärtiger Abschlüsse seit vielen Jahren bekannt. Inzwischen gibt es deutliche Bemühungen seitens der Bundesregierung diese Nicht-Nutzung von Ressourcen abzubauen, das heißt, es gibt Programme, die dazu beitragen sollen, die Möglichkeit der Anerkennung von Abschlüssen zu prüfen und gegebenenfalls auch durch gezielte Nachschulungen zu ermöglichen.

<sup>13</sup> Betont werden soll hier nochmals: Die Frage richtete sich nicht gegen solche Feste; die Frage war, wieviel sie wirklich zur Akzeptanz beitragen.

wies darauf hin, dass die von ihm vorgeschlagenen Infotheken auch gemeinsame Treffpunkte sein könnten.

Frau Landgraf erklärte nun, was seitens der GWG getan wird, um Nachbarschaft und Integration zu fördern. Auch sie nehme wahr, dass nicht alle Bewohner gleich tolerant sind. Sie versuche jedoch schon bei den Vermietungsgesprächen aufzuklären. Auch gäbe es in ihren Immobilien kleine Feste bei denen drei oder vier Liegenschaften gemeinsam feierten. Auch habe man in der Vergangenheit gemeinsame Aktionen, wie beispielsweise einen Herbstputz mit anschließendem Grillnachmittag angeboten. Dies wäre jedoch nicht immer gut angenommen worden. Die GWG beschäftigt mehrere Seniorenbeauftragte, die sich darum kümmern, älteren Menschen Pflege zu vermitteln und der Vereinsamung entgegenzuwirken. So organisieren sie auch Nachbarschaftstreffs für Senioren. Für Migranten gebe es eine extra Migrantensprechstunde bei der über kulturelle Hintergründe aufgeklärt würde, diese werde auch sehr gut angenommen. Bei der GWG gebe es einen Mieterordner mit Informationen für neue Mieter, dieser solle zukünftig überarbeitet werden und in Kooperation mit den Communities muttersprachliche Informationen für Migranten bieten.

Schließlich wurde die Frage, ob es problematische Konzentrationen von Zuwanderern gäbe, aufgegriffen. Herr Bettzüge wies darauf hin, dass die Migranten selbst zur Entmischung beitragen, da sie häufig dorthin ziehen, wo sie auf Personen ihrer Muttersprache treffen. Frau Landgraf ergänzte, dass in der Neustadt eher Mischung als Segregation vorliegen würde. Beispielsweise würden in den 120 Liegenschaften, die sie betreut, in 71 Menschen mit Migrationshintergrund leben.

Am Nachmittag wurden die Gespräche durchaus lebhaft fortgeführt. Allerdings fehlte den Diskussionen insgesamt eine Mitte. Soziale Integration ist ein komplexes Zusammenspiel von gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Elementen, aber ein Konzept zur *gesellschaftlichen* Gestaltung wurde der Arbeitsgruppe nicht vorgelegt. Das ist sicher nicht der alleinige Grund, es trug aber mit dazu bei, dass sich die Gespräche in starkem Maß auf Konzepte der *Gemeinschaft* konzentrierten. Nachbarschaft und Begegnung – gegen diese Konzepte ist nichts zu sagen! Aber sie reichen als Grundlage für die Gestaltung sozialer Integration nicht aus. [RS]

Die Präsentationen der Arbeitsergebnisse (in denen nur ein relativ kleiner Teil der Diskussionen abgebildet wurde), sahen folgendermaßen aus:



**Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 2:  
Nachbarschaft und soziales Miteinander; soziale Mischung**

**Zum „Halleschen Westen“**

- Die Integration des Halleschen Westens verspricht ein größeres Entwicklungspotential für das gesamte Gebiet.
- Identitäten / Besonderheiten sollten dabei erhalten bleiben, aber nur im Zusammenspiel sind neue Wege möglich.
- Die unterschiedlichen Zuschnitte der Verwaltungseinheiten könnten allerdings ein Problem darstellen, weil integrierte Stadtentwicklung verschiedene Verwaltungsressorts einbezieht.
- „Internationalität“ kann ein Kennzeichen des Halleschen Westens sein.<sup>14</sup>

**Leitlinien zur Integration des Halleschen Westens**

- Stadtteilintegration verlangt auch eine Integration der Funktionen (und die Förderung des Ausbaus von Funktionen)
- Abschwächung der starken Kontraste der Bauformen durch Absenkung der Gebäudehöhen in Richtung Nietleben. Aber kein Ersetzen des Geschosswohnungsbaus durch Einfamilienhäuser!<sup>15</sup>
- Zur Stärkung der sozialen Mischung sollte hochwertiger Wohnraum (durch Sanierung oder Nachverdichtung) geschaffen werden.
- Bürger in die Entscheidungsfindungen mit einbeziehen.
- Beibehaltung der kurzen Wege zu Versorgungseinrichtungen und zum ÖPNV.
- Beibehaltung der spezifischen Angebote für Senioren und ausländische Mitbürger
- Bewusste Pflege der Nachbarschaftsbeziehungen durch soziales Verhalten: Toleranz, Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft
- Und noch etwas anderes: Toiletten im öffentlichen Raum, insbesondere an Spielplätzen, wären gut.

---

<sup>14</sup> Zwar wurde in der AG auch festgestellt, dass Nietleben mit dem Stichwort „Internationalität“ vielleicht nicht getroffen wird, doch war man der Meinung, dass sich das ja auch noch ändern könnte.

<sup>15</sup> An dieser Stelle muss auf Konflikte hingewiesen werden, die in der AG nur halb und eher am Rande angesprochen wurden: Wohl im Zuge der Umsetzung der Leitidee des Schrumpfens von außen nach innen stehen im Westen der Neustadt Abrisse zur Diskussion (oder sind geplant). Es ist eine Vermutung, dass teilweise leer stehende Geschosswohnungsbauten (mit noch teilweise intakten Nachbarschaften) zurückgebaut werden sollen. Auf den Rückbauflächen ist eine Nachnutzung für Einfamilienhäuser eine Option.

### **Was verstehen wir unter einer „Sozialen Stadt“?**

- In einer sozialen Stadt sollten die verschiedenen Funktionen – Wohnen, Bildung, Arbeit, Konsum, Handel, Freizeit und Kultur – räumlich integriert sein.
- Ziel sollte die räumliche Mischung verschiedener Bevölkerungsgruppen – Altersgruppen/Generationen, soziale Schichten, kulturelle Gruppen – sein.
- Die soziale Stadt ist durch ein nachbarschaftliches Miteinander geprägt.
- In der sozialen Stadt fördert die Gestaltung des Wohnumfeldes das Miteinander.
- In der sozialen Stadt wird die Partizipation aller Bevölkerungsgruppen gefördert.

### **Integration älterer Bewohner**

- Schaffung weiterer Angebote von barrierearmem (und –freiem) Wohnraum durch die Nutzung von Fördermitteln
- Seniorenbeauftragte im Quartiersmanagement integrieren (stadtteilbezogen)
- Einrichtung von Seniorentreffs; Wohlfühltelefon
- Bündelung von Informationen über jegliche soziale Einrichtungen und Pflegeangebote (private und öffentliche) – Informationen sollten besser publiziert werden

### **Integration von Zuwanderern**

- Abbau von Integrationsproblemen
  - Sprachbarrieren (-> Frage der Finanzierung)
  - Zugang zu den Frauen suchen -> ehrenamtliche Unterstützung aus den Migrantengruppen
- Internationale Klassen<sup>16</sup> -> Kooperation mit der Uni und mit ausländischen Vereinen
- Wichtig ist die Sicherung der Kontinuität der Angebote

---

<sup>16</sup> Als Internationale Klassen werden Vorklassen für die Kinder von Zuwanderern bezeichnet, in denen eine schnelle Integration in die Regelklasse durch die Konzentration auf die Vermittlung der deutschen Sprache gefördert werden soll.

### **Arbeitsgruppe 3: Stadtteilzentren**

(Protokoll: Reinhold Sackmann)

Nach einer kurzen Einführung in das Thema Zentren und Nebenzentren wurde das Wort den beiden Referenten der Sitzung übergeben.<sup>17</sup>

Herr Loebner, Fachbereichsleiter Planen, stellte die Zentrumsstruktur im Halleschen Westen dar.<sup>18</sup> Das Neustadt-Center ist derzeit als B-Zentrum ausgewiesen, d. h. es gehört zu den drei wichtigsten Zentren der Stadt Halle. Die Einkaufsflächen dort sind umfangreich, die Auslastung gut. Auch wenn die Neustädter Passagen unter der Anziehungskraft des Neustadt-Centers anfangs gelitten hätten, habe insgesamt das Neustädter Zentrum eine gute Ausstrahlungskraft. Alle anderen Nebenzentren des Halleschen Westens stellen aufgrund der deutlich geringeren Verkaufsflächen weniger wichtige Elemente dar. Für die Nahversorgung seien aber die Standorte: Am Gastronom, Am Treff, Gimritzer Damm und Zollrain ebenfalls sehr wichtig. Das Nahversorgungszentrum für Heide-Süd ist der Hubertusplatz, welcher als Standort noch ausbaufähig ist. Nietleben habe bei den bisherigen Zentrumsplanungen noch keine Rolle gespielt.

Herr Dr. Busmann, ehemaliger Leiter des Dezernates Planen und Umwelt der Stadt Halle (Saale) und jetziger freischaffender Stadtplaner, ging recht ausführlich auf Vergangenheit und Zukunft der Zentren des Halleschen Westen ein. Allgemein gelte, dass Zentren durch Nachfrage und Kaufkraft entstehen würden, Stadtplaner können diese nicht direkt beeinflussen. Allerdings können sie durch Interventionen zumindest Fehlentwicklungen vermeiden. Zentren seien im Verständnis der europäischen Stadt wichtig für Urbanität. Durch die Nachwende-Fehlentwicklungen Günthersdorf und Peißen sei die grundsätzliche Zentrenstruktur Halles mit einer Hypothek belastet.

Der Hallesche Westen habe allerdings gute Konditionen, da es als Resultat der ursprünglichen Planung in der Neustadt eine klare Zentrumsstruktur gäbe. Bis Eisleben sei darüber hinaus kein größeres Einkaufszentrum vorhanden. Er sehe die Zukunft der Neustadt optimistisch. Obwohl eine Abwanderung bereits in den 1980er Jahre einsetzte, haben die Investitionen der Nachwendezeit das Gebiet stabilisiert. Positiv sei das Grün, die klare Zentrenstruktur, die Investitionen von über 1 Mrd. Euro und die verbindende Straßenbahn.

---

<sup>17</sup> Herr Peter Balzer, der sich in seiner Architekten-Masterarbeit mit Revitalisierungschancen der Neustädter Scheiben beschäftigt hat, musste leider aufgrund von Erkrankung am 11.10. seine Teilnahme als dritter Referent der Gruppe absagen.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu das durch Stadtratsbeschluss von 2013 derzeit gültige Zentrumskonzept der Stadt Halle:

<http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Stadtentwicklung/Raemliche-Konzepte/Einzelhandels-und-Z-07990/>

Auch wenn dabei manche Widerstände überwunden werden mussten, habe sich dies gelohnt. Vorteil der Neustadt sei auch, dass sie nah an der Altstadt liege; dass also Halle auch bei den Großwohnsiedlungen ungewöhnlich kompakt geblieben sei. Die Nähe zu Saale-Aue, Dölauer Heide, Weinbergwiesen führe zu attraktiven Naherholungsgebieten.

Bei aller positiver Sicht müsse man aber auch der Machbarkeit verpflichtet bleiben und keine Illusionen nähren: Die Neustadt sei eine Siedlung, keine vollständige Stadt. Ein vollwertiges Kulturzentrum könne sich nicht entwickeln. Gegen die ursprünglichen Pläne des Chefplaners Paulick sei durch die Baukombinate ein relativ monotoner Plattentyp umgesetzt worden. Die Zukunft liege deshalb in einer Erhöhung der Vielfalt durch Umbau und nicht im bloßen Erhalt. Bei der Modernisierung sei es in den Jahren 1997-2002 zum Teil auch zu Fehlinvestitionen gekommen. Der Skatepark sei ein Modellprojekt für den kreativen Rückbau des Zentrums. Der Stadttumbau lasse sich nicht vollständig steuern. Private Wohnungsgesellschaften haben z. B. festgestellt, dass sich im Südpark auch ohne Sanierungen sehr hohe Profitraten erzielen lassen, auch wenn dies den Intentionen der Stadtplanung widersprach. Es gäbe Mythenbildung in der Neustadt: Denkmalschutz wäre eher eine Realitätsverweigerung als dass es der Dynamik des Viertels helfen würde. Die Gebäude würden dann nur als Baukulisse ohne Nutzung missbraucht.

Viele Neustädter Scheiben würden jetzt schon 16 Jahre leer stehen, weil sich keine rentablen Nutzungskonzepte finden ließen. Ein für die Nutzung notwendiger Umbau sei sehr teuer, teurer als Abriss und Neubau. Man solle zusammen mit den Eigentümern Abbruch- und Umnutzungskonzepte entwickeln, ähnlich wie bei den Hochhäusern am Riebeckplatz. Dort hätte der Abriss 1,5 Millionen Euro pro Hochhaus gekostet, wobei 500.000 Euro Fördermittel erhalten worden wären.

Nach den Vorträgen unterhielten sich die Teilnehmer der Arbeitsgruppe zuerst einmal ohne die Referenten, um zu prüfen, welche Elemente in den Vorträgen gefehlt hätten, welche Ideen besonderes gut, bzw. wenig überzeugend gewesen seien und welche Informationen man noch benötigen würde. In der kurzen, aber intensiven Diskussion beteiligten sich mit eigenen Beiträgen alle sieben Mitglieder der Arbeitsgruppe, die u. a. durch das MdL, Thomas Felke, der langjährig Mitglied des Planungsausschusses der Stadt Halle (Saale) war, und die zwei Stadtmitarbeiter Golnik und Hoffmann über umfangreiche Expertise verfügten.

Es kristallisierten sich drei Diskussionsstränge heraus. Im Vordergrund stand zuerst das Thema der *Neustädter Scheiben*. Eine Bürgerin wünschte sich Investoren, die etwa Wohnen und Gastronomie als Nutzung etablieren könnten. Dem wurde von länger mit der Materie Vertrauten Skepsis entgegengebracht, da die momentanen Eigentümer bisher keine

tragfähigen Nutzungskonzepte entwickelt hätten. Es sei Realismus gefragt. Auch das Land Sachsen-Anhalt, dem die Scheibe C gehören würde, hätte bisher, trotz einiger Versuche, noch kein überzeugendes Konzept entwickeln können. Dass allgemein Abriss als unangenehme Option erlebt wurde, thematisierte auch ein anderer Bürger, der sich eine bessere Nachnutzung von Gebäuden wünschte, z. B. auch für die Gebäude des derzeitigen Finanzamtes nach seinem absehbaren Umzug in die Altstadt.

Das Thema der *Nebenzentren* wurde zuerst abgrenzend angesprochen. Sie sollen nicht die Stärke des B-Zentrums untergraben. Eine andere Bürgerin brachte eine andere Bedeutung des Begriffs Nebenzentrum ein, nicht nur Einkaufen sei wichtig, sondern auch das Nebenzentrum als Nachbarschaftsort.

Ein weiterer Bürger betonte den *Identitätssinn* von Zentren. Die Scheiben hätten deshalb so ein starkes Gewicht für die Neustädter, weil sie als Symbole erlebt würden. Man reiße auch nicht leerstehende Kirchen ab, auch wenn es keine direkte Nutzung gäbe. Ähnlich könne man auch die Scheiben sehen. Nach einer kurzen Kaffeepause wurden diese Gesprächslinien auch in der Diskussion mit den Referenten vertieft.

#### Diskussion mit den Referenten

In einer lebhaften Diskussion mit den Referenten wurden diese drei Thematisierungen vertieft. Herr Felke referierte erst die interne Diskussion: Scheiben, Nebenzentren... Zuerst verbiss sich die Diskussion an den *Scheiben*. Herr Dr. Busmann befürwortete den Abriss der leerstehenden Scheiben. Alles andere sei Realitätsverweigerung. Die vertikalen Gewächshäuser, die zum Beispiel im internationalen Studentenworkshop als Nutzungsmodell entwickelt wurden,<sup>19</sup> seien nicht praktikabel. Viel einfacher und ökonomischer wäre es hier etwa, wenn man nach einem Abriss ebenerdige Gewächshäuser errichten würde. Die anderen anwesenden Stadtplaner sahen durchaus auch in der Abrissoption Risiken. So sei zu bedenken, dass der Abbruch der Scheiben aufwendiger sei als bei den Hochhäusern des Riebeckplatzes. Man müsse auch berücksichtigen, dass während der Zeit des Abrisses negative Ausstrahlungseffekte auftreten könnten. Frau Hoffmann, zuständige Stadtplanerin für die Neustadt, befürwortete eher eine künstlerische Verpackung der Scheiben, in der Hoffnung auf eine spätere Nutzung in der Zukunft. Von anderen Teilnehmern wurde auf die nicht unerheblichen Kosten dieser Option hingewiesen. Es kam auch der Hinweis, dass neben der derzeit noch voll genutzten Scheibe A auch die Scheibe E noch in baulich sehr guter Verfassung sei. Deshalb habe der Eigentümer dieser Scheibe durchaus Bereitschaft signalisiert, bei einer Gesamtlösung der Scheibenproblematik in die Nutzung dieser Scheibe zu investieren. In der Diskussion war spürbar, dass ein Ultimatum

---

<sup>19</sup> Vgl. Bericht der Ersten Bürgerkonferenz Hallescher Westen Modell „Halle-Neudorf“.

des Oberbürgermeisters, dass der Fachbereich Planen bis zum Ende des Jahres 2014 ein Lösungskonzept für die Neustädter Scheiben vorzulegen habe, Handlungsdruck erzeugt hat.

Als nächstes Thema wurden die *Quartierszentren* als mögliche Nachbarschaftszentren thematisiert. Auf die Einwände, dass für die hierfür notwendigen Investitionen nicht die Stadtplanung zuständig sei, wurden die Möglichkeiten von Zwischennutzungen von leerstehenden Gebäuden für nachbarschaftliche Zwecke erörtert. „Wächterhäuser“ hätten hier Modelle entwickelt.<sup>20</sup> In der Tat sei hier Freiraum gegeben, den man nutzen könne. Herr Golnik vom Stadtplanungsamt wies darauf hin, dass vorgesehen sei, dass für die Quartierszentren das inzwischen beim Stadtumbau in der Halleschen Altstadt bewährte Instrument eines Eigentümermoderators eingesetzt werden solle. Die baulichen Aufwertungen des Quartierszentrums Tulpenbrunnen im Rahmen der IBA 2010 seien noch nicht nachhaltig genug gewesen.<sup>21</sup> Es wurde erörtert, welche Quartierszentren sich besonders für eine identitätsstiftende Aufwertung eignen würden. Man erinnerte sich noch einmal an das engagierte Auftreten des Nietleberer Heimatvereins bei der Ersten Bürgerkonferenz des Halleschen Westens. Für eine Weiterentwicklung eines Quartierszentrums in Nietleben im Sinne eines Nachbarschaftszentrums sei dieses besonders geeignet, weil es eine rührige zivilgesellschaftliche Vereinigung gebe, die schon sehr konkrete Nutzungspläne entwickelt hatte. Als positiv wurde hier auch bewertet, dass damit positive Signale an das Umland gesendet würden, da bisher vor Jahrzehnten eingemeindete dörfliche Lagen wie z. B. Nietleben von der Stadt Halle eher stiefmütterlich behandelt wurden.

Während bezüglich einer Befürwortung eines Quartierszentrums Nietleben schnell ein Konsens gefunden wurde, war dies bei der Frage, ob es *alternative Identifikationspunkte* anstelle der Neustädter Scheiben gäbe, schwieriger. Die Bürger erwähnten, dass das Grün der Neustadt besonders attraktiv sei. Dass früher auch die vorhandenen Gärten entsprechend wertgeschätzt wurden. Es sei besonders schön gewesen, zwischen den vielen Spielplätzen auf Wanderwege hin und her zu gehen.

Mit einem Dank an die Referenten wurde die produktive Diskussion für die Mittagspause unterbrochen.

---

<sup>20</sup> Vgl. [www.haushalten-halle.de/](http://www.haushalten-halle.de/)

<sup>21</sup> Vgl. <http://www.spi-ost.de/project.php?sub=13&mid=561&PHPSESSID=soht4q43223314a3nfv9k3j1q4>

## **Nachmittagssitzung, Ausarbeitung eines „Bürgergutachtens“<sup>22</sup>**

Im Vordergrund der Bürgerkonferenz Hallescher Westen stand die Ausarbeitung eines Leitbildes. Darauf konzentrierten sich die Diskussionen mit den fünf Bürgern am Nachmittag, eine davon eine Mitarbeiterin der Stadt Halle, die im Stadtteil Nietleben wohnt.<sup>23</sup> Eingangs wurde erläutert, dass für das angestrebte „Bürgergutachten“ sowohl Leitlinien erforderlich seien als auch konkrete Projekte.

Die Leitliniendiskussion wurde mit den Vorstellungen für eine **Leitlinie für den Halleschen Westen** eröffnet. Hierzu wurden zwei Leitkonzepte entwickelt: a) ein soziales „Annäherungen von Altersgruppen und Ausländern, auch durch attraktive Wohnformen“ und b) das letztlich dominante Raumkonzept „*Vernetzung von Nietleben, Neustadt und Heide-Süd bei einem Erhalt der Weinbergwiesen*“. Für dieses Raumkonzept sprachen auch offene Ränder: eine Verbindung mit der Altstadt und der Erhalt des „grünen Randes“ des Halleschen Westens. Bereits bei den allgemeinen Konzepten wurde die Verschiedenheit der Unterbereiche angesprochen, was als Indiz für eine Eigenständigkeit der Stadtteile Nietleben, Neustadt und Heide-Süd angesehen wurde. Diese sollten aber verbindende Elemente erhalten: z. B. durch Altenwohnungen zwischen Neustadt und Nietleben, aber auch den Weinbergwiesen, bei denen z. B. ein Biergarten ein locker verknüpfendes Arrangement schaffen könnte, das die Wiesen in ihrer Grünfunktion nicht stören würde.

In einem zweiten Schritt wurde in zwei Kleingruppen der **Leitbegriff „soziale Stadt“** vertieft im Verständnis der Bewohner. Allgemein waren ja bereits im Einleitungsreferat von Herrn Loebner Stichworte genannt worden, deshalb konzentrierte sich dieser Arbeitsschritt nur auf die Vorstellungen der Bürger. Auch hier lässt sich eine soziale von einer eher räumlichen Dimension trennen. „*Partizipation und Integration*“ können als Leitvorstellungen des sozialen Leitgedankens gesehen werden. Der Integrationsgedanke wurde ausgeführt mit „alle Generationen von 0 bis 100 Jahren, von deutsch bis „Aliens““, die interagieren sollten; bei der zweiten Kleingruppe sehr ähnlich als Integration von Altersgruppen, Migranten und Behinderten, hier noch versehen mit der Überlegung, dass leerstehende Parterrewohnungen als Begegnungsorte Verwendung finden könnten (und es wohl bei einigen Wohnungsgesellschaften schon tun). Partizipation wurde gesehen als Möglichkeit eigene Leistungen aktiv darstellen zu können, z. B. in Vereinen, aber auch bei der Mitgestaltung der Stadt. Für die Partizipation wünscht man sich moderierende Ansprechpartner bei der Stadt. Für den räumlichen Leitgedanken der sozialen Stadt ist ein „*bezahlbarer, attraktiver Wohnraum*“ zentral. Geringere Modernisierungen ohne starke Mietpreissprünge seien hier manchmal besser als zu teure Modernisierungen oder

---

<sup>22</sup> Eigentlich sollte seitens der Moderatoren für die Nachmittagssitzungen kein eigenes Protokoll erstellt werden. In der AG 3 wurde dies jedoch gemacht und da es schade wäre, dieses Material ungenutzt zu lassen, wird es hier abgedruckt. Als Ergebnisse der Arbeitsgruppe zählen allerdings auch hier die Präsentationen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer!

<sup>23</sup> Zwei ergänzende Personen werden dabei nicht berücksichtigt. Einer der Referenten hatte am Anfang nicht verstanden, dass er am Nachmittag nicht erforderlich sei, und war deshalb noch zu Beginn da. Einer der Reporter hatte das Gefühl, er würde Extrainformationen erhalten, wenn er die letzte halbe Stunde der Arbeitsgruppen-Diskussionen beobachten würde, und war deshalb in dieser Zeit intensiver Kleingruppenarbeit anwesend.

vollkommen ausbleibende Reparaturen. An die Seite des Leitgedankens einer angenehmen Mietwohnung tritt hier räumlich ein Angebot an Bildungsstätten und Orte, die eine kulturelle Begegnung ermöglichen, wie Cafés, aber manchmal reiche auch schon eine Parkbank zur Erfüllung dieser Funktion. Kurze Wege des Einkaufens wurden ebenfalls als räumliche Ressource für eine soziale Stadt aufgefasst.

Das dritte Stichwort für ein Leitbild, der **Umgang mit Vielfalt im Halleschen Westen**, musste nur noch einmal aufgegriffen werden, da es vorher schon in der Diskussion präsent war. Bei diesem Leitbild gab es anfangs Unterschiede bei den von den Bürgern verwendeten Bedeutungsnuancen, die sich erst im Lauf der Diskussion zu einem Konsens zusammenfügten. Eine Bürgerin leitete die Diskussion ein damit, dass sie konstatierte, dass man als Neustädter ausgegrenzt wäre, auch von den umgebenden Stadtteilen. Eine andere ergänzte, dass als Leitbild dann die Vermeidung von Ausgrenzung dienen müsse. Ein anderer Vorschlag betonte, dass man die Differenzierung gestalten solle. Ein erster Kompromiss findet sich dann in der Formel „*Differenzierung zulassen ohne Ausgrenzung*“. Wie dies zu bewerkstelligen sei, wurde dann erörtert: Man solle in den großen Häusern Rücksicht aufeinander nehmen, diese Rücksichtnahme sei in DDR-Zeiten stärker ausgeprägt gewesen. Man solle das Potential der Vielfalt nutzen, z. B. kulturelle Vielfalt als Möglichkeit sehen.

Wieder wurde eine räumliche Konkretisierung zur Präzisierung des Leitbildes gewählt: Man solle Räume nutzen, um offene (nicht bindende) Begegnungen zu ermöglichen, z. B. einen Biergarten im offenen Raum. „*Brückenräume der Begegnung schaffen in differenzierten Stadtteilen*“ kann man die zweite Kompromisslinie kennzeichnen. Am Beispiel der Bildung wurde wahrgenommen, dass Eltern in Heide-Süd einen Bildungsbesuch ihrer Kinder in der Neustadt meiden würden. Während ein Teil der Gruppe diesen Druck in Richtung Integration, der auf Heide-Süd ausgeübt wird, durchaus begrüßten, sahen andere darin keine Chance, da genügend Mittel vorhanden seien, um erzwungene Integration zu vermeiden, indem man z. B. Einschulungen in Kröllwitz vornimmt oder Privatschulen ansteuert. Freiwillige, informelle Bildung wurde deshalb eher als Brücke wahrgenommen. Wenn in den Bildungseinrichtungen auch Freizeitangebote, z. B. Fechtvereine, vorhanden wären, dann würden sich eher freiwillige Kontakte ergeben, die Berührungängste abbauen. Derartige Bildungsangebote sollten sich nicht nur an Jugendliche und Kinder richten, sondern durchaus auch an Erwachsene, da hier die größten Vorbehalte vermutet wurden. Auch in einer differenzierten Wohnbebauung wurden Chancen gesehen, Brücken zwischen den Stadtteilen zu errichten.

Anschließend wurden die Bürger aufgefordert, zu überlegen, ob sich aus der Arbeit mit den Modellen des internationalen Studentenworkshops bei der ersten Bürgerkonferenz noch Gesichtspunkte für ein Leitbild ergeben würden, die bisher noch nicht erwähnt worden seien. Hier wurde nur die bereits erwähnte Vernetzung der Stadtteile mit Erhalt der Weinbergwiesen noch einmal als Konsens bestätigt.

In einem letzten Schritt wurden die Teilnehmer aufgefordert, in Kleingruppen die Themen des Vormittags „Scheiben“, „Nebenzentren“ und „Identifikationsorte“ als



Nachbarschaftszentren“ zu konkretisieren in Maßnahmenform, die zugleich Elemente des Leitbildes aufgreifen sollten. Aufgrund der Anzahl der Teilnehmer wurden die Themen Nebenzentren und Identifikationsorte zusammengefasst. Die Ergebnisse sollten von den Kleingruppen auf Folie festgehalten werden.

Während bis dahin eine sehr konzentrierte, aufeinander eingehende Gesprächsatmosphäre herrschte, kam jetzt, auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, des nun anwesenden Journalisten und der Komplexität der Aufgabenstellung, leichte Hektik auf. Für einzelne Gruppenmitglieder erschien es so, dass der Konkretionsgrad der vorgeschlagenen Maßnahmen noch nicht vollständigen planerischen Idealen entsprechen würde. Dennoch gelang es auch durch Hilfestellungen der Gruppen untereinander Folien zu den beiden Themen zu erstellen, die die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zusammenfassten, und dann am Ende vorgetragen wurden.

### **Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 3: Stadtteilzentren**

**Leitlinie Hallescher Westen: Vernetzung von Nietleben, Neustadt und Heide-Süd über:**

- **Städtebauliche Maßnahmen**
  - **Grüne Räume, offene Räume**
  - **Bildungsangebote und kulturelle Infrastruktur**
  - **Sporteinrichtungen**
  - **Differenzierte Wohnbebauung mit Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen (bezahlbar und Attraktiv)**
- ⇒ **Der Hallesche Westen als soziale Stadt.**

**Was tun mit der „Stadtkrone“?**

- 1) Die Scheiben sind ein drängendes Problem, das Thema dominiert die Diskussion zur Zukunft des Halleschen Westens:
  - **Planer: finanzierbare städtebauliche Lösung**
  - **Laien: Identifikationsanker für den „Halleschen Westen“?**

Zwischen den beiden Vorstellungen besteht ein Konflikt. Die jetzige Situation verhindert die Umsetzung der Entwicklungsleitlinien.
- **Für alle: Was ist eine realisierbare Alternative zum Abriss?**

2) Es ergeben sich 3 Szenarien:

- a. Abriss
- b. Konservierung (mit künstlerischer Gestaltung)

Mit diesen beiden Lösungen würde Raum für Neues im Zentrum der Neustadt frei.

- c. Umnutzung/Teilrückbau

Hier wäre eine Umsetzung der Leitlinien möglich, z. B.: vielfältige Wohnformen in einem Haus und Dienstleistungen mit kurzen Wegen.

### **Quartierszentren als Orte der Identifikation**

- **Bildung und Integration** (um Ausgrenzung zu vermeiden)
  - Interkultureller Austausch
  - Gemeinsame Interessen finden über
    - Sport
    - Kultur
    - Gastronomie
    - Soziale Bildungsträger

**z. B. Vorstellungen des Heimatvereins Nietleben über ein Gemeinschaftshaus an einem zentralen Ort**

#### **Arbeitsgruppe 4: Soziale Infrastruktur, speziell: Bildung**

(Protokoll: Mirjam Sorge)

Die Arbeitsgruppe hörte zunächst vier Vorträge von Experten. **Herr Weiske** (Stabsstelle Sozialplanung, Bereich Bildung und Soziales, Stadt Halle (Saale)) referierte zunächst über die Einwohnerzahlen in Halle-Neustadt. Diese brachte er in Zusammenhang mit der Ausstattung von Bildungseinrichtungen. So wurde zum Beispiel aufgegriffen, dass 20% der HallenserInnen in Halle-Neustadt leben. Außerdem hielt er fest, dass die Prognosen des Rückgangs der Einwohnerzahlen in Halle-Neustadt nicht mehr zutreffen würden, man müsse eine neue Einwohnerprognose ansetzen. Er sprach von einer Stabilisierung in Halle-Neustadt, da sich Trend des Bevölkerungsverlustes abgemildert hätte (von -37% zu -12%). In Relation zur Innenstadt von Halle (mit dem Aufschwung 17%-28%), könne man davon ausgehen, dass der Bevölkerungsrückgang in der Neustadt sich nicht unendlich fortsetzen wird. Sorge bereite der Stadt die 9.100 Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Die überwiegende Mehrheit der Kinder in Halle-Neustadt gelte als arm. In der späteren Diskussion wird vor allem dieser Punkt von den Bürgern nochmal aufgegriffen.

Zum Thema Bildung betonte Herr Weiske, dass Halle-Neustadt ein breites Netz von Schulformen anzubieten hat. Trotz starken Rückgangs der SchülerInnenzahlen von 38.066 SchülerInnen im Jahr 1991 auf 19.848 im Jahr 2013 könne man nicht von einem Bildungsabbau in Halle-Neustadt sprechen (1991 gab es noch 144 Schulen in Halle, 2013 waren es noch 72 Schulen). Die Gebäude von Bildungseinrichtungen spielten auch eine große Rolle. Herr Weiske stellte daher das Programm Stark 3 der EU vor. Dies sieht eine Finanzierung für umweltbewusste Sanierung von öffentlichen Gebäuden vor.

**Herr Senger** vom Stadtelternrat machte auf den Mangel von Elternvertretern an manchen Schulen aufmerksam (Mangel an engagierten Eltern). Vor allem Eltern mit Migrationshintergrund könne man kaum mobilisieren. Im Neustädter Dialog wäre man mit der Stadt zusammengekommen, dort könne man sich austauschen. Zum Ende seines Referates ging Herr Senger auf Herrn Weiske ein und kritisierte die Nutzung von Stark 3, um Geld zu sparen und dafür neue Konfliktlinien einzugehen, weil man Schulen in Gebäude umziehen lassen würde, die eventuell von ihrer Architektur nicht zur Schulform passen.

**Frau Ackermann**, Schulleiterin von der Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“, äußerte in ihrem Referat Wünsche an die Stadt. Sie kritisierte, dass unter den gegebenen Bedingungen, der gemeinsame Unterricht, der auch vom Land gewollt wäre, nicht möglich sei. Problemquellen seien die zu kleinen Räumlichkeiten, die zu hohen SchülerInnenzahlen und das wenige Geld. Sie stimmte Herrn Weiske zu, dass Halle-Neustadt ein breites Feld von Schulen zu bieten habe. Sie wünsche sich allerdings Unterstützung der

Stadt für Ganztagschulen, um diese mit Kultur und Kunst gestalten zu können. Wichtig für den Lernerfolg seien die soziale Mischung des SchülerInnenklientels und die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen. Zudem müsse es an jeder Schule eine/n Psychologen/in geben und nicht ein/e Psychologe/in für mehrere Schulen. Weitere Wünsche sind BerufseinstiegsbegleiterInnen und außerschulische Lernorte im Allgemeinen sowie Unterstützung für Bibliotheken. Als positiv betrachtet Frau Ackermann zum Schluss die Integration der Pustebblume.

**Herr Schmidt** (Sozialpädagoge, Roxy) kritisierte zu kurz gedachte Antworten auf die sozialen Zustände (Armut, Migration) in den Schulen. Er verdeutlichte, dass die Bildungsbenachteiligungen sich in die nächsten Generationen fortsetzen. So gehen die Startchancen der Eltern auf die Kinder über. Man müsse nicht nur die Kinder sondern auch die Eltern fördern. Dafür stünde beispielsweise das Konzept der „Stadtteilschule“, in der (unter anderem) eine Elternschule integriert ist, wo Eltern mit Kindern lernen können. Dies müsse allerdings ein zusätzliches Bildungsangebot darstellen. Die Schule als Lernort für Eltern, könnte somit die positive Einstellung der Eltern zur Schule fördern und so auf die Kinder überspringen. Ein wichtiger Wunsch seinerseits ist es außerdem Vorurteile anzugehen.

In der Diskussion kritisierte Frau Wunderlich die Zusammenlegung von drei Förderschulen mit unterschiedlichen Benachteiligungen, die Herr Weiske in seinem Vortrag angesprochen hatte. Man bräuchte eine bessere Bildungsausstattung und das bedeutet: mehr Geld. Frau Schönfelder betonte, dass die Ausführungen von Frau Ackermann ebenso treffend gewesen seien wie die Feststellung von Herrn Schmidt, man könne Schulkonzepte nicht in Gebäude reinpressen. Wiebke, eine Schülerin der KGS, griff Herrn Schmidts Wunsch der Aufarbeitung von Vorurteilen auf. Vorurteile stellt sie vor allem in der Außenwahrnehmung der Neustädter Schulen fest. Ihre Idee ist es, Selbstdarstellungen von Schulen über eine Stadtplattform zu veröffentlichen. Frau Wunderlich schließt sich dem an und verweist auf den Ausbau der Öffentlichkeit von SchulsprecherInnen. Außerdem wird das Projekt einer „Stadtteilschule“ positiv aufgenommen, nur über den Begriff könne man nochmal diskutieren. Eine weitere Idee der Diskussion ist eine größere Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen und der Universitäten für langzeitliche Praktika.

**Beiträge zum Bürgergutachten aus der Arbeitsgruppe 4:  
Soziale Infrastruktur; speziell: Bildung**

**Speziell Schulische Bildung**

➤ **Baulich**

- Beteiligung der Teams und der Schüler bei der Planung von Neubauten und Sanierungen
- Lernen braucht Platz!

➤ **Inhaltlich**

- Schulsozialarbeit sichern
- Beratungslehrer sichern
- Schulpsychologen sichern
- Rechtliche Regelung für Inklusion: 20+2

➤ **Zusatzanregungen für den Halleschen Westen**

- **Stadtteilschule:** Modellschule mit 2 Planstellen für Elternschule, Elternarbeit und offene Angebote
- **Schulschwänzerkonzept für 40 Kinder und Jugendliche:** vier Lehrer (vom Land), vier Sozialarbeiter und vier Anleiter würden benötigt
- **Bildungsdialog:** alle Bildungseinrichtungen stellen sich vor und tauschen sich zu den Inhalten (usw.) aus
- **Öffentlichkeitsarbeit gegen Vorurteile (gegenüber der Neustadt)**

## „Soziale Stadt“ Halle West: Integration des Halleschen Westens? Ja, aber wie?

### ➤ **Öffnung von Bildungseinrichtungen und Professionen**

- Intensiver Dialog mit dem Ziel einer stärkeren Kooperation/Vernetzung im Stadtteil (Schule, Kita, ...)
- Staatlich anerkannte Fortbildungen zur Vernetzung von Lehrern, Sozialarbeitern, Vereinen, Familienzentren, usw. im „**Weiterbildungszentrum Halle West**“
- Frühzeitige Vernetzung der Studenten von **Lehramt und Soziale Arbeit**, um spätere Zusammenarbeit zu stärken und Vorurteilen vorzubeugen
- Kooperationen zwischen Uni/Hochschule, Rentnern ... (Langzeitprojekte möglich)

### ➤ **Knotenpunkte nutzen**

- **Pädagogisch betreuter Spielplatz in Form eines Bauspielplatzes** zwischen Neustadt und Heide-Süd

### ➤ **Kulturfestival in Halle West**

- Für Kinder und Jugendliche (und Eltern) um zu zeigen, was der Stadtteil hat und kann -> Identitätsbildung und Imageverbesserung

### ➤ **Familien- und Begegnungszentren als Quartierszentren aufbauen/ausbauen**

- Internationales Kochen der Eltern für Kinder und mit Kindern
  - Ein Beitrag mit dem Kinderarmut begegnet wird
  - Fördert Wissen und Kompetenzen
  - Fordert Gemeinschaft

[für eine langfristige Sicherung bräuchte man pro Zentrum zwei fest angestellte Sozialarbeiter]

### ➤ **Leerstehende Scheiben nutzen** [einige Ideen]

- **Zu Lofts ausbauen**
- **Ateliers für Studenten (spektakulär und preiswert)**
- **Projekt „Kinder- und Jugendtagen“** (ein ganzer Block...)
- **Alternative Kitas** (gute Anbindung an die Heide)
- **Alternative Kneipenmeile** (in der Vertikale...)

Überblickt man die Ergebnisse des Konferenztages so kann man feststellen,

- dass die Produktivität der Arbeitsgruppen eindrucksvoll ist,
- dass die Diskussionen durch das jeweilige spezifische Wissen, das die verschiedenen Teilnehmer mit einbringen, ganz offensichtlich bereichert werden,
- dass von den Vorträgen der verschiedenen Experten ganz erhebliche positive Impulse für die Diskussionen ausgehen können.

Zudem ist festzuhalten,

- dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppen einige Kernaussagen gemeinsam haben,
- dass es viele Übereinstimmungen zwischen den Konferenzteilnehmern gibt,
- dass es weitgehende Übereinstimmungen zwischen den Vorstellungen der BürgerInnen und der Stadtverwaltung gibt.

Grundsätzlich sind alle Präsentationen der Konferenzteilnehmerinnen und –teilnehmer als Beiträge zum Bürgergutachten zu verstehen, dies gilt für beide Konferenztage. Zwar war es bei nur zwei Konferenztagen nicht möglich zu prüfen, ob tatsächlich alle Vorschläge von allen Teilnehmern gleichermaßen unterstützt würden. Da Bürgerkonferenzen nicht repräsentative sondern kommunikative Verfahren sind, ist dies auch nicht notwendig. Zwar ist die ausdrückliche Feststellung von Übereinstimmungen auch bei kommunikativen Verfahren informativ, aber sie sind – wie gesagt – nicht zwingend erforderlich. Die Dokumentation der Diskussionen und Präsentationen ermöglicht es, begründete Aussagen zu Übereinstimmungen zu machen; vor allem aber ermöglicht sie tiefere Einblicke in Argumentationsmuster als dies Abstimmungen gewöhnlich tun.

Im Folgenden sollen Grundlinien in den Positionen und Argumentationen der KonferenzteilnehmerInnen beider Konferenzen zusammenfassend skizziert werden. Der Schwerpunkt der Darstellungen wird bei den Ergebnissen liegen, die von allen Bürgerinnen und Bürgern gleich gesehen werden. Auch in Hinblick auf das Passungsverhältnis zwischen den Vorstellungen der Verwaltung und der Bürger wird im Folgenden die Darstellung von Übereinstimmungen im Vordergrund stehen, weil diese offenbar in vielen Punkten bestehen. An einigen wenigen Stellen wird auch auf offene gebliebene Fragen und/oder auf Unterschiede in den Vorstellungen hingewiesen werden.

## **B. Soziale Stadt und Stadtentwicklung aus der Perspektive der Bürgerkonferenzen zum Halleschen Westen**

Von einer Aussage können wir sagen, dass ihr alle Konferenzteilnehmerinnen und – teilnehmer (zumindest am zweiten Konferenztag) ausdrücklich zugestimmt haben. Die Rede ist hier von der Leitlinie der Integration des Halleschen Westens, die für beide Konferenzen ein zentraler Bezugspunkt gewesen ist. Dieser Gedanke hatte bereits bei der ersten Konferenz breite Zustimmung gefunden, doch wurde bei der zweiten Konferenz ausdrücklich die Übereinstimmung geprüft. Und diese wurde bestätigt.

**Wir können demnach als Votum der Bürgerkonferenz festhalten:**

### **I. Die Entwicklung des Halleschen Westens soll sich an der Integration des Stadtteils „Hallescher Westen“ orientieren.**

Diese Leitlinie stimmt auch mit den Sichtweisen der Stadtplanung überein.

Eine Gruppe von TeilnehmerInnen ging dabei so weit vorzuschlagen, andere Bezeichnungen (Neustadt, Nietleben, Heide-Süd) nicht mehr zu verwenden (doch war dies vermutlich nur auf die Wortwahl bei der Präsentation der Diskussionsergebnisse dieser Gruppe bezogen). Grundsätzlich gab es eine breite Übereinstimmung darüber

- dass gewachsene Identitäten wichtig sind,
- dass spezifische Probleme, Bedarfe und Potentiale der alten Stadteile und der Quartiere beachtet werden sollen
- und dass viele Ziele der Stadtentwicklung kleinteilig verfolgt werden müssen.

Die folgende Aussage schließt an die erste Leitlinie an. Auch sie fand breite Zustimmung:

#### **I.1 Die Integration des Stadtteils erfordert eine bessere räumliche Vernetzung.**

Räumliche Vernetzung wurde dabei nicht nur auf die drei Gebiete untereinander sondern auch auf die Verbindung zur Altstadt, zu anderen Vierteln und zum Umland bezogen. Der Vorschlagskatalog ist lang:



- Radwegeverbindungen: Nietleben-Dölau; Nietleben – Bennstedt – Anbindung Süßer See; Neustadt - Böllberg
- eine direkte Stadtbahnanbindung für den Weinberg-Campus
- Saalequerungen (erhalten und neue schaffen)
- Fußgänger- und Fahrradbrücke Peißnitz – Sophienhafen – Saline – Altstadt
- Stärkung/Ausbau der Verbindungen zwischen Neustadt und Heide-Süd

### **I.2 Die Integration des Stadtteils sollte durch Abschwächung der schroffen baulichen Unterschiede unterstützt werden.**

Die Abmilderung der Unterschiede betrifft insbesondere die Randbereiche in denen Umgestaltungen (terrassenförmiges Absenken der Bauhöhen) empfohlen werden. Sie betrifft aber auch Innenbereiche der Neustadt.<sup>24</sup>

### **I.3 Die Integration des Stadtteils erfordert ein Konzept für die Gestaltung der Zwischenräume sowie für Grünräume und Freiräume im Stadtteil.**

Konkret wurde darauf hingewiesen, dass der Park zwischen Heide-Süd und Neustadt erhalten (und weiter gestaltet) werden sollte.

Der Vorschlag der Stadtplanung, die Peißnitz (und das Peißnitzhaus) zu einem Verbindungsort zwischen dem Halleschen Westen und der Altstadt zu entwickeln, wurde begrüßt und wird von der Konferenz unterstützt.

Die bestehenden Freiräume sollten durch einfache Mittel (wie das Aufstellen von Bänken) und durch offene Treffpunkte (auch gastronomischer Art; Stichwort: Biergarten) zu verbindenden Orten umgestaltet werden.

In Anlehnung an Vorschläge aus dem internationalen Studentenworkshop wäre auch zu berücksichtigen, dass man entlang der Verbindungswege zwischen dem Weinberg-Campus und der Neustadt offene Treffpunkte schafft, an denen Studenten (zwischen Uni und Wohnung) sich unkompliziert und ohne Konsumzwang treffen können.

Ein Vorschlag war zudem: Einrichtung eines pädagogisch betreuten Spielplatzes (Typ: Bauspielplatz) zwischen Neustadt und Heide-Süd.

---

<sup>24</sup> *Anmerkung:* Ein Thema, das kaum besprochen wurde, ist der geplante Rückbau im Halleschen Westen (in Übereinstimmung mit der Leitlinie ‚Rückbau von außen nach innen‘). Teilweise stellen diese Planungen wohl eher eine Option dar, eine offen gehaltene Möglichkeit. Teilweise gibt es aber offenbar konkrete Rückbaupläne. Weder die Vertreter der Stadtverwaltung noch die KonferenzteilnehmerInnen haben dieses Thema besprechen wollen.

Innerhalb des Stadtteils ist hier auf die Bemühungen in Nietleben zur Schaffung eines öffentlichen freien Raums hinzuweisen (momentan wird dieser als Parkplatz genutzt).<sup>25</sup>

Die Bedeutung der Naturräume in Nachbarschaft zum Stadtteil und die Bedeutung des Heidebads sollten stärker hervorgehoben werden.

## **II. Zur Förderung der Integration des Stadtteils sollten Anzugspunkte und Zentren geschaffen und ausgebaut werden**

Durch Anzugspunkte und durch das Neustadt-Zentrum sollen die Integration des Stadtteils sowie seine Anziehungskraft gestärkt werden.<sup>26</sup> Durch die Förderung von Quartierszentren sollen die Lebensbedingungen weiter verbessert und die soziale Integration gefördert werden.

### **II.1 Anzugspunkte**

- Sport wurde bereits als ein Feld ausgemacht, auf dem die Neustadt (auch über den Stadtteil hinaus) Anziehungspunkte hat. Dies sollte gestützt und möglichst noch weiter ausgebaut werden.
- Kultur (ein spezielles Highlight schaffen, beispielsweise: ein Kinder- und Jugendfestival)

---

<sup>25</sup> Da die Raumgestaltung ein Thema der Konferenzen war, soll hier noch erwähnt werden, dass die Konferenzteilnehmer die Nicht-Abgrenzung zwischen privaten, halb-öffentlichen und öffentlichen Räumen (wie sie in der Neustadt größtenteils vorliegt) nicht als problematisch zu empfinden scheinen (oder dass sie diese sogar besonders schätzen). Anders gesagt: Es besteht offenbar die Befürchtung, dass Abgrenzungen Freiheiten beschneiden könnten. Es käme darauf an, an guten Beispielen zu zeigen, dass die Gestaltung von Abgrenzungen nicht Zugangsbegrenzung einschließen muss, dass Gebiete durch Differenzierung aber attraktiver werden und ihre Nutzung zunimmt.

<sup>26</sup> Die durch Herrn Loebner angesprochene Frage, ob Denkmalschutz für die Neustadt eine Entwicklungsmöglichkeit darstellt, wurde von den TeilnehmerInnen in den Präsentationen nicht aufgegriffen. Generell haben sich die Konferenzteilnehmer vielfach zwar für Erhalt von Gebäuden aber dabei vor allem für ihre Nutzung und für attraktivitätssteigernde Sanierungen und Umbauten ausgesprochen.

Und zu den Scheiben konnte die Konferenz – natürlich - keine Lösungen anbieten. Es gab etliche Ideen, aber solche Ideen hat es in der Vergangenheit auch schon viele gegeben. Einer der beliebtesten Vorschläge bei der Konferenz war eindeutig der Vorschlag der Nutzung (einer der Scheiben!) zur vertikalen Landwirtschaft. Man könnte etwas kühn aus den Diskussionen vielleicht den Schluss ziehen, dass es gut aufgenommen würde, wenn man mit einer der Scheiben etwas Spektakuläres machen könnte.

## II.2 Quartierszentren

Die Entwicklung von Quartierszentren soll einerseits die Nahversorgung sichern; besonderer Entwicklungsbedarf wird hier in Hinblick auf gastronomische Angebote gesehen.

Zudem könnten Quartierszentren (wie auch das Neustadt-Zentrum) die Orte sein, an denen Kleinkunstangebote Platz finden → Raum dafür vorhanden?

Andererseits werden Quartierszentren als Orte der Begegnung und der Gemeinschaftsförderung gesehen (siehe dazu auch unten III.2)

## III. Soziale Mischung, soziale Integration

Soziale Mischung ist den Konferenzteilnehmerinnen und –teilnehmern sehr wichtig. Sie würden sich wünschen, dass alle sozialen Schichten und Gruppen kleinteilig gemischt *und* in Gemeinschaft zusammen wohnen. Gemeinschaft und Nachbarschaft werden meist als dasselbe angesehen.<sup>27</sup>

Um das Ziel der sozialen Mischung zu erreichen, werden verschiedene Maßnahmen im Bereich Wohnen und Wohnumfeld vorgeschlagen. Diese Maßnahmen können gleichzeitig weitere Effekte hervorbringen oder ihre Hervorbringung fördern: Verbesserung der Integration der Neustadt in den Stadtteil, Stützung der Identifikation mit dem Stadtteil, Verbesserung des Images der Neustadt.

### III.1 Wohn- und Wohnumfeldverbesserung; zielgruppenspezifisches Wohnangebot

- Hebung der Wohnqualität
- Wohnumfeldverbesserungen; speziell Vielfalt an Gestaltungsmöglichkeiten für die Innenhöfe nutzen

---

<sup>27</sup> Auf lange Sicht wird es unumgänglich sein, Nachbarschaft differenziert zu sehen: Nachbarschaft kann gemeinschaftliches Miteinander bedeuten, Nachbarschaft kann aber auch bedeuten, dass man sich zwar akzeptiert (und in gewissem Umfang Rücksicht aufeinander nimmt), dass man dabei aber distanziert bleibt. Ein stark gemeinschaftliches Nachbarschaftsverständnis kann nur unter bestimmten Bedingungen tragen, es kann schnell illusorisch werden und eine Überforderung bedeuten. Ein Konzept dagegen, das dem Grundsatz folgt „gute Zäune machen gute Nachbarschaft“, mag noch tolerant im Sinn des Desinteresse am Treiben der anderen sein, es beinhaltet aber keine Akzeptanz, keine Wahrnehmung der anderen als Mitbürger; ein solches Konzept verhindert Begegnungen und Kommunikation, es schränkt Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen und der Gesellschaft ein. Wenn es auch in Einzelfällen gemeinschaftliche Nachbarschaft geben mag (die schätzenswert ist und entsprechend geschützt werden sollte), so sollte man wohl letztlich ein Verständnis für das soziale Miteinander entwickeln, das die Vielfalt der Nachbarn wahrnimmt und das offen für Kontakte ist, das aber auch räumliche und soziale Distanzierung – in gewissem Maß – einbezieht.

- zielgruppenspezifische Wohnungsangebote ausbauen, insbesondere:
  - attraktiven Wohnraum für Mittelschichten schaffen
  - weiterer Ausbau im Bereich Wohnraum für Seniorinnen und Senioren
  - Wohnungen für StudentInnen
  - Wohnungen für Familien

### **III.2 Zielgruppenspezifische Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration**

Zur Integration älterer Bewohner in den Stadtteil wurde vorgeschlagen:

- Stützung und Ausbau von Begegnungsstätten
- Zentrale Informationsstelle, um die Orientierung angesichts eines vielfältigen Angebotes an Dienstleistungen und Einrichtungen zu unterstützen
- Einrichtung eines ‚Wohlfühltelefons‘

Zur Unterstützung der Integration von Migranten wurde vorgeschlagen:

- Generell: Der Zugang zu Migrantengruppen sollte – soweit sinnvoll und möglich – über Mitglieder der Migrantengruppen erfolgen; das vorhandene ehrenamtliche Potential sollte genutzt und gefördert werden
- Aufsuchen von offiziellen und inoffiziellen Begegnungsorten zur Verbreitung von Informationen
- Informationsmaterialien (insbesondere auch über Besonderheiten des deutschen Alltags) sollten in den Herkunftssprachen der Migranten erstellt werden
- Niedrigschwellige und Alltags- beziehungsweise bedarfsbezogene Sprachvermittlung, speziell auch für Frauen
- Quartierszentren könnten zu Integrationsorten werden; ein mögliches Projekt könnte interkulturelles Kochen von Eltern für Kinder sein.

### **IV. Stadtteilintegration und soziale Integration sind durch Funktionsmischung zu fördern**

Funktionsmischung wurde bei beiden Konferenzen als ein wichtiger Faktor der Integration angesehen. Wohnen, Bildung, Arbeiten, Einkaufen, Konsum, Freizeit und auch Kultur – alles sollte – soweit als möglich – im Halleschen Westen vorhanden sein. Und das sollte man auch sehen können (so wurde beispielsweise vorgeschlagen, Gewerbe sichtbar zu machen, damit jeder sehen kann, dass es das am Ort gibt). Wenn es all das gibt, dann bedeutet dies, dass

der Stadtteil nicht nur ein Ort zum Schlafen ist. Entsprechend verbindet sich mit der Funktionsmischung die Förderung der Identifikation und der sozialen Integration.

Funktionsmischung wurde aber auch ausdrücklich (teilweise in Anlehnung an Vorschläge aus dem internationalen Studentenworkshop) als Mittel zur Integration der Teilräume des Halleschen Westens gesehen: Es wird vorgeschlagen, Institute oder Teilinstitute oder Labore oder Bibliotheken oder andere Serviceeinrichtungen im Zentrum der Neustadt einzurichten. Solche Verbindungen zwischen der Neustadt und dem Bildungsleuchtturm Weinberg-Campus würde die Unterschiede zwischen den Teilräumen mildern und Studenten an die Neustadt heranführen (zu weiteren Verbindungen zur Universität siehe unten V.1). Hier schließt dann auch der Gedanke an, dass „Internationalität“ ein Merkmal sein könnte, über das der Hallesche Westen sich bestimmen und identifizieren könnte.

## **V. Bildung als ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Förderung von Integration**

Wie oben bereits erwähnt, ist der Weinberg-Campus (bei beiden Konferenzen) ein zentraler Bezugspunkt beim Nachdenken über die Stadtteilintegration gewesen.

Generell wurden viele interessante Vorschläge zum Thema Bildung und insbesondere auch zum Thema Bildungsk Kooperationen formuliert<sup>28</sup>:

- Verbindungen zwischen Campus und Schulen zu schaffen
- Studenten in den Unterricht einzubinden
- Zusammenarbeit mit der Universität bei der Lehrerfortbildung
- Fortbildung zur Vernetzung von Lehrern und Sozialarbeitern
- Der Hallesche Westen sollte ein Raum der Talentförderung werden
- Man sollte ein Zentrum zur Lehrerfortbildung einrichten
- Modell „Stadtteilschule“ aufgreifen
- Intensivierung der Bemühungen um Bildungsintegration
  - ‚internationale Klassen‘
  - Schulschwänzerprojekt

Die Darstellungen sind hier nicht ganz vollständig, weitere Punkte kann man oben bei den Darstellungen der Ergebnisse der Arbeitsgruppe 4 nachlesen.

---

<sup>28</sup> Hier merkt man den Einfluss des Wissens und der Erfahrung, die die Teilnehmer mitbringen ganz besonders stark, wobei sich hier die Vorstellungen von ReferentInnen und TeilnehmerInnen gegenseitig ergänzt haben.

Wenn man die beiden Konferenzen überblickt, hat man den Eindruck, dass „Bildung“ und insbesondere „Bildungskooperation“ für die Integration des Halleschen Westens und für die Verbindung zum Modell der sozialen Stadt ein idealer Ansatzpunkt sein könnte. Ansprechend ist dieser Ansatz sicher auch deswegen, weil er Integration in so vielen verschiedenen Hinsichten anspricht. Um ein Beispiel herauszugreifen: Durch die Mitwirkung von Studenten im Ganztagsunterricht fördern diese ihre Kompetenzen der Vermittlung von Fachwissen ebenso wie ihre sozialen Kompetenzen; die SchülerInnen bekommen neben Fachwissen sicher auch Einblicke in das Studentenleben vermittelt (Einblicke, die ihnen möglicherweise das Elternhaus nicht geben kann); und zwei getrennte Organisationen (Schule und Universität) werden in Kontakt gebracht, woraus alles Mögliche entstehen kann. Zudem geht es beim Thema Bildung natürlich um eine grundlegende (und immer wichtiger werdende) Voraussetzung für gelingende soziale und gesellschaftliche Integration.

Zusammenfassend haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerkonferenzen also dafür ausgesprochen, dass sich die Entwicklung des Halleschen Westens an der Integration des Stadtteils „Hallescher Westen“ orientieren soll. Dafür sollen Verbindungen zwischen den Gebieten des Stadtteils geschaffen oder ausgebaut werden und die Räume zwischen den Gebieten sollen als Verbindungsräume gestaltet werden. Zur Förderung der Integration des Stadtteils sollen zudem Anzugspunkte und Zentren geschaffen und ausgebaut werden sollten.

Soziale Mischung und soziale Integration sind Leitlinien, die nachdrücklich unterstützt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht nur die räumliche Integration des Stadtteils sondern auch die soziale Integration durch stadtgestalterische Mittel gefördert werden kann. Hervorgehoben wurden mehrfach, dass Integration auf alle Schichten zielt; der Stadtteil sollte für Mittelschichten interessant werden, aber man sollte berücksichtigen, dass es Gebiete und Bevölkerungsgruppen gibt, deren Integration besonderer Unterstützung bedarf.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz gehen zudem davon aus, dass Stadtteilintegration und soziale Integration durch Funktionsmischung zu fördern sind.

Im Verlauf der Konferenzen hat sich herausgestellt, dass „Bildung“ und insbesondere „Bildungskooperationen“ sehr gute Ansatzpunkte zur Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur Integration darstellen.

Für alle Leitlinien wurden in den Ergebnispräsentationen der insgesamt sieben Arbeitsgruppen zahlreiche (teilweise sehr konkrete) Beispiele dafür gegeben, wie sie angesteuert, beziehungsweise umgesetzt, werden können.

## **Anhang:**

### **Bürgerkonferenzen zum Halleschen Westen; 20. September und 11. Oktober 2014**

#### **Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer:**

Albrecht, Maik  
Bader, (kein Vorname angegeben)  
Bartsch, Erwin, Dr.  
Böger, Frank-Thorsten  
Bothur, Helge  
Eigendorf, Eric  
Felke, Thomas  
Fischer, Bettina  
Gärtner, (kein Vorname angegeben)  
Gatter, Hans-Jörg  
Goerke, Walter  
Gorgas, Olaf  
Göricke, Bernd  
Gries, Rosmarie  
Grohmann, Eckart  
Hamida, Mustafa  
Hensling, Frank  
Hensling, Gudrun  
Höckermann, Martin  
Höckmann, Barbara  
Hörner, Kaus-Dieter  
Kelling, Wolfgang, Dr.  
Kleinow, Hans-Jörg  
König, (kein Vorname angegeben)  
Körner, Wiebke  
Kotte, G.  
Krämer, Ursula  
Ludwig, Johanna

Marx, D.  
Müller, Klaus  
Neiß, Ute  
Parthier, Elke-Maria  
Platz, Manuela  
Pollack, Frank  
Rauchfuß, Mandy  
Richter, Siegfried  
Riecken, Hans-Christian  
Roth, Satik  
Sackmann, Sven  
Schmitt, Thomas  
Schönfelder, Luisa  
Sommer, Manfred  
Steinhart, Anita  
Vogel, Erhard  
Weihe, Anna  
Weihe, Regina  
Weißenborn, Klaus-Dieter, Dr.  
Wunderlich, Andrea  
Wunderlich, Peter  
Wunsche, N.  
Zaune, Ortrud



### **Liste der Referentinnen, Referenten und fachkundigen Begleiter:**

Ackermann, Kerstin (Schulleiterin KGS „Wilhelm von Humboldt“)

Ali, Tarek, Dr. (Vorsitzender des Ausländerbeirats der Stadt Halle (Saale))

Betzüge, Carsten (Kordinator bei der Beauftragten für Migration und Integration, Stadt Halle (Saale))

Bradler, Moritz (Universität Halle, Abt. Forschung und Transfer)

Busmann, Friedrich, Dr. (Stadtplaner)

Fliegner, Steffen, Dr. (Fachbereich Planen, Stadt Halle (Saale))

Golnik, Karsten (Fachbereich Planen, Ableitungsleiter Stadtentwicklung und Freiraumplanung, Stadt Halle (Saale))

Hoffmann, Kerstin (Fachbereich Planen, Stadt Halle (Saale))

Kirsch, Jana (Quartiersmanagerin SPI)

Landgraf, Daniela (GWG Halle-Neustadt mbH)

Leopold, Andreas (Heimatverein Nietleben)

Loebner, Lars (Fachbereichsleiter Planen, Stadt Halle(Saale))

Luther, Andreas (Vorstand der Halle-Neustädter Wohnungsgenossenschaft e. G.)

Matzel, Constantin (*congrav e. V.*)

Neumann, Katrin (Fachbereich Bildung, Sozialraummanagerin Nord-West, Stadt Halle (Saale))

Sachse, Petra, Dr. (Fachbereichsleiterin Wissenschaft, Stadt Halle (Saale))

Scherschel, Michael (Geschäftsführer SPI, Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH Halle (Saale))

Schmidt, Thorsten (Sozialpädagoge, *Roxy*)

Senger, Thomas (Stadtelternrat der Stadt Halle (Saale))

Steppan, Ria (Fachbereich Planen, Stadt Halle (Saale))

Thieme, Jana (Fachbereich Sport, Koordinatorin Sport, Stadt Halle (Saale))

Trettin, Simone (Fachbereich Planen, Teamleiterin Freiraumplanung, Stadt Halle (Saale))

Tucker, David (ADFC)

Weiske, Uwe (Stabsstelle Sozialplanung, Geschäftsbereich Bildung und Soziales, Stadt Halle (Saale))

Ziegenbein, Brigitta, Dr. (Fachbereich Planen, Abteilungsleiterin Stadtplanung, Stadt Halle (Saale))